



20 Jahre Travail.Suisse

Vorgängerverbände – Fusion – Engagement für gute Arbeit

Inhalt

Vorwort	4
Die Wurzeln von Travail.Suisse	6
Die nichtsozialistischen Gewerkschaften	7
Die nichtgewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten	16
Auf dem Weg zur Fusion von 2002	22
Wandel der Verbandslandschaft	23
Pionierin des interprofessionellen Approachs:	
Entstehung der Syna	25
Die Gründung von Travail.Suisse	27
Die ersten 20 Jahre Travail.Suisse	30
Werte, Ziele, Struktur	31
Mitgliedsverbände	34
Sozialpartnerschaft und Arbeitskonflikte	51
Die politische Bühne	56
Travail.Suisse in der nationalen und internationalen Gewerkschaftslandschaft	63
Blick in die Zukunft – Travail.Suisse nötiger denn je	68

Milliarden- Bschiss am Mittelstand!

Wir bezahlen, Grossaktionäre profitieren! Jetzt reicht!

Kommt bald Rentenalter 76?

So stellt sich Bundesrat Pascal Couchepin unsere Zukunft vor: Arbeiten bis 67 oder noch länger und danach eine mickrige Rente.

Der erste Schritt in diese unschöne Zukunft ist die 11. AHV-Revision. Sie ist eine reine AHV-Abbau-Revision.

- Sie bringt ein höheres Rentenalter für Frauen.
- Sie kürzt die Witwenrenten und schafft sie teils sogar ganz ab.
- Die Rentenanpassungen sollen zudem nur noch alle drei Jahre stattfinden.

am 16. Mai: **EIN** zur 11. AHV-Revision
Hands weg von der AHV!

SONNTAGSARBEIT GRENZT AUS!



**VATERSCHAFTS-
URLAUB
JETZT!**

6 Wochen Ferien
FÜR ALLE
Ja
11. März 2012

Travail.Suisse

Timeout statt Burnout

www.sechswochenferien.ch

une journée
de 24 heures



22 septembre 2013
NON à la péjoration
de la loi sur le travail!

alliance pour le
Dimanche

Streik-Karte

Nr. 334

Für die Streikleitung:

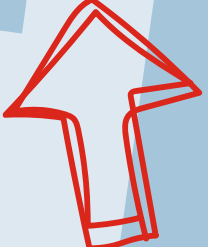

20 Jahre Travail.Suisse – und der Einsatz für die Arbeitnehmenden geht weiter

Ein grosses Jubiläum, wie es andere bedeutende Organisationen in den letzten Jahren feiern durften und wie es der Bundesstaat Schweiz mit dem 175-Jahre-Jubiläum in diesem Jahr feiert, war dem Christlich-nationalen Gewerkschaftsbund CNG und der Vereinigung der Schweizer Angestelltenorganisationen VSA nicht vergönnt. Die Fusion der beiden Spitzenverbände mit der Gründung von Travail.Suisse am 14. Dezember 2002 war vor dem möglichen 100-Jahre-Jubiläum: Der CNG wurde 1907, der VSA 1918 gegründet. Die vorliegende Chronik beleuchtet die Geschichte dieser beiden Verbände und die ersten 20 Jahre von Travail.Suisse und skizziert ihre Wirkung für die Arbeitnehmenden. Mit Prof. Dr. Christian Koller, dem Leiter des Schweizerischen Sozialarchivs, konnten wir einen renommierten Historiker dafür gewinnen. Im Fundus des Sozialarchivs sind die historischen Dokumente und viel Bildmaterial fast aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände der Schweiz zu finden, was eine sehr gute Grundlage für eine historische Schrift ist, die eine Ergänzung der Geschichte der Schweizer Arbeitnehmendenbewegung sein soll.

Was Gewerkschaften, Personal- und Angestelltenverbände alles bewirken, ist in der Arbeitswelt oft nicht sichtbar, ausser es handelt sich um handfeste Ergebnisse wie ein abgeschlossener Gesamtarbeitsvertrag. Wenn aber Unheil abgewendet werden kann, ist es glücklicherweise oft nicht sichtbar und deshalb leider auch schnell vergessen. Ein wichtiger Ort gewerkschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen ist das Arbeitsgesetz. In den neunziger Jahren waren neoliberale Wortführer am Werk und haben im Parlament eine Mehrheit für eine Liberalisierung des Arbeitsgesetzes gefunden. Der damalige CNG hat gemeinsam mit einer breiten Allianz das Referendum ergriffen und sich – unter anderen mit den Angestelltenverbänden und den Kirchen – in der Nein-Kampagne stark engagiert. Das breite Bündnis konnte in der Abstimmung am 1. Dezember 1996 mit 67 Prozent Nein-Stimmen die Ausweitung der Sonntags- und Nachtarbeit verhindern.

Dieser Abstimmungserfolg hat vielen Arbeitnehmenden eine bessere Lebensqualität ermöglicht. Der Slogan «Der Mensch ist keine Maschine» traf damals und auch heute zu. Der Sieg an der Urne war immens wichtig: Seit dieser Abstimmung wurde das Arbeitsgesetz nicht mehr Gegenstand von grundsätzlichen Verschlechterungen, auch wenn es immer wieder kleinere Attacken gab. Das klare Abstimmungsresultat von 1996 soll seine Wirkung auch in Zukunft haben. Diese Chronik soll uns bewusst machen, was wir leisten, welchen Einfluss unsere Arbeit hat und welchen Beitrag Travail.Suisse und seine Verbände in den letzten zwei Jahrzehnten für eine gerechtere Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen und fairen Einkommen geleistet haben. Sie soll uns auch motivieren, dranzubleiben – im Einsatz für die Arbeitnehmenden.

Adrian Wüthrich,
Präsident von Travail.Suisse



Obligatorische Alters-, Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen-, Mutterschafts- und Invalidenversicherungen existierten noch nicht.

Üblich waren Wochenarbeitszeiten von 60 bis 65 Stunden bei einer Sechstageswoche.

Die Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen betrug rund 40 Prozent.

Die Wurzeln von Travail.Suisse

Die Wurzeln von Travail.Suisse liegen um die Wende zum 20. Jahrhundert, als die ersten Angestelltenorganisationen und christlichen Gewerkschaften entstanden. Zu jenem Zeitpunkt betrug die Schweizer Reallöhne etwa ein Sechstel des heutigen Standes.

Üblich waren Wochenarbeitszeiten von 60 bis 65 Stunden bei einer Sechstageswoche. Arbeiterinnen und Arbeiter in der Privatwirtschaft hatten in der Regel keinen Anspruch auf bezahlte Ferientage. Bei den Angestellten gab es höchstens zwei, beim Staatspersonal eine bis drei Ferienwochen. Die Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen betrug rund 40 Prozent. Obligatorische Alters-, Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen-, Mutterschafts- und Invalidenversicherungen existierten noch nicht. Pensionskassen gab es nur für Teile des Staatspersonals, in der Privatwirtschaft waren sie weitgehend unbekannt. So war die Altersarmut ein Massenphänomen und die grosse Mehrheit arbeitete bis zum Lebensende. Sämtliche Verbesserungen durch gesetzliche oder vertragliche Regelungen mussten in den folgenden Jahrzehnten von den Gewerkschaften und ihren politischen Verbündeten hart erkämpft werden. Und fast bei jedem Schritt malten Arbeitgeberkreise und Rechtsbürgerliche den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes an die Wand.

Um die Wende zum 20. Jahrhundert betrug die Schweizer Reallöhne etwa einen Sechstel von heute.

Die nichtsozialistischen Gewerkschaften

Von den Anfängen bis zum Landesstreik

Bereits in der Frühindustrialisierung entstanden als Vorläufer gewerkschaftlicher Organisationen in der Schweiz Arbeitervereine und Hilfskassen. Trotz der Vereinsfreiheit in der Bundesverfassung von 1848 gab es aber in verschiedenen Kantonen noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts «Koalitionsverbote», die die Bildung eigentlicher Gewerkschaften untersagten.

Ab den **1860er-Jahren** entstanden unter dem Einfluss der Ersten Internationale lokale Gewerkschaften. **1873** gründeten sie auf einem Arbeitertag in Olten zusammen mit anderen Arbeiterorganisationen den Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterbund. Dieser wurde **1880** vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) abgelöst, der aber erst um die Jahrhundertwende zu einem wirklichen Dachverband wurde.

Waren die ersten Gewerkschaften sozialistisch ausgerichtet, so entstanden um die Jahrhundertwende auch katholische Gewerkschaften. Als erstes wurde **1899** in St. Gallen eine christliche Holzarbeitergewerkschaft aus der Taufe gehoben. In den folgenden zwölf Jahren stieg die Zahl der katholischen Gewerkschaftssektionen auf 123. Diese Entwicklung war eine Folge wachsender Aufmerksamkeit für die «soziale Frage» im katholischen Milieu. **1891** forderte Papst Leo XIII. in der Sozialenzyklika «Rerum novarum» unter Anerkennung des Privateigentums und Ablehnung des Sozialismus die gerechte Entlohnung der Arbeiterschaft sowie staatliche Sozialpolitik. Auch ermunterte er zur Bildung katholischer Arbeiterorganisationen. In der Schweiz waren bereits ab **1853** katholische Gesellenvereinigungen nach dem Modell des deutschen Kaplans Adolf Kolping und ab den **1870er-Jahren** katholische «Männer- und Arbeitervereine» mit betont sozialreformerischer Tendenz entstanden.

Ab der Jahrhundertwende gab es auch christlich-soziale Spar- und Krankenkassen sowie genossenschaftliche Caritas-Läden. **1903** entstand ein Zentralverband christlichsozialer Organisationen. Aus diesem Organisationsgeflecht rekrutierte sich in der Katholisch-Konservativen Partei ein christlich-sozialer Flügel.

Der SGB reagierte auf diese Entwicklung **1900** mit einem Neutralitätsbeschluss, um katholischen Arbeitern den Eintritt zu ermöglichen. Im selben Jahr untersagte aber die Bischofskonferenz Katholiken die Mitgliedschaft in «neutralen» Gewerkschaften. Testfall wurde St. Gallen, wo es **1902** bis **1904** Gespräche zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen über die Gewerkschaftseinheit gab, die schliesslich scheiterten. Ebenso wenig realisierte sich **1904** der Plan einer Aufnahme der zu einem Kartell zusammengeschlossenen katholischen Gewerkschaften in den SGB. Daraufhin gründeten die katholischen Gewerkschaften **1907** den Christlich-sozialen Gewerkschaftsbund (CSG) mit 3'300

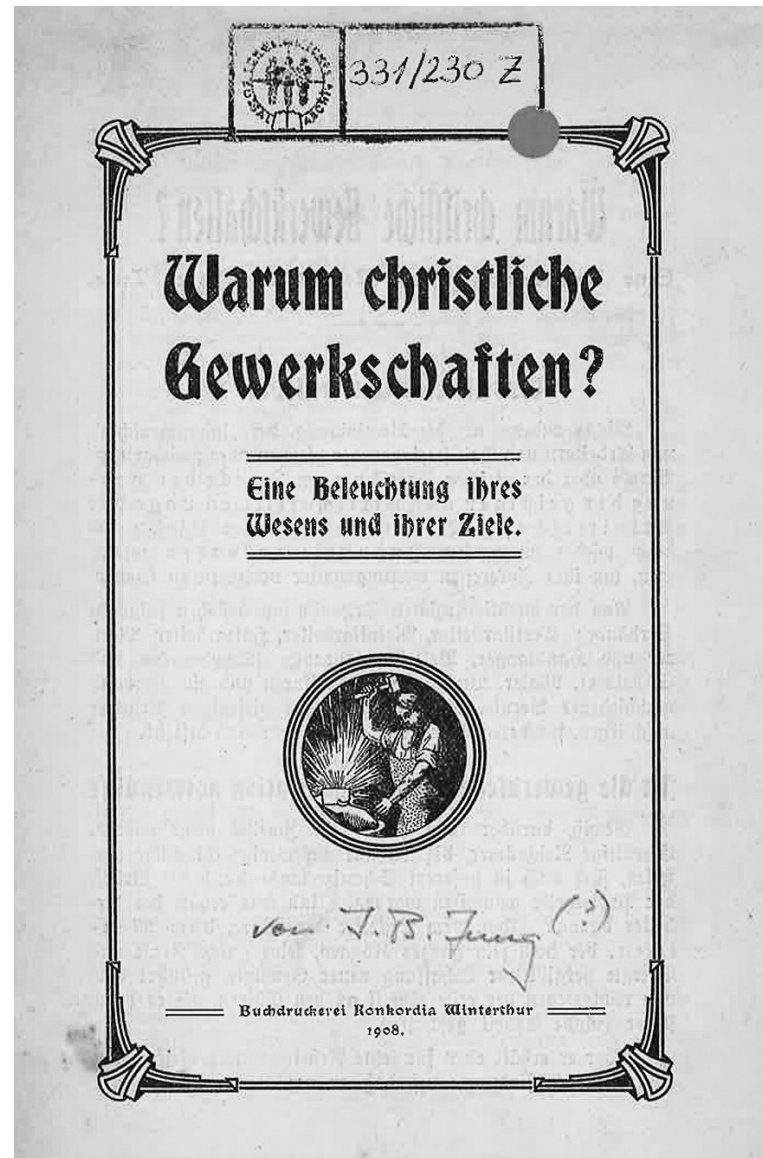
**1873: Gründung
Allgemeiner
Schweizerischer
Arbeiterbund.**

1899: in St. Gallen wird eine christliche Holzarbeitergewerkschaft gegründet.

1903: Zentralverband christlichsozialer Organisationen entsteht.

Mitgliedern (gegenüber 62'300 im SGB). Die christlichsozialen Gewerkschaften waren zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, konfessionellen Arbeitervereinen sowie den Krankenkassen Mitglied im zweiten schweizerischen Arbeiterbund, der 1887 entstanden war und ein von der Eidgenossenschaft subventioniertes Sekretariat besass. Dessen Leiter, der Sozialdemokrat Herman Greulich, pflegte freundschaftliche Beziehungen zu führenden Christlichsozialen und versuchte, die organisatorische Allianz der Arbeiterorganisationen aufrechtzuerhalten. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte der Arbeiterbund gegen 300'000 Mitglieder, aufgrund seiner weltanschaulichen und organisatorischen Vielfalt und unklarer Zielsetzung erlangte er aber keine grössere Bedeutung.

Seit den **1890er-Jahren** entstanden auch evangelisch-soziale Arbeitervereine. **1906** gründeten freikirchliche Arbeiter, die sich aus Glaubensgründen den sozialdemokratischen und katholischen Gewerkschaften nicht anschliessen wollten, die Schweizerische evangelisch-soziale Unterstützungskasse. Diese verurteilte den Klassenkampf und verstand sich in erster Linie als Versicherung gegen die Folgen von Arbeitskämpfen. Ebenso erfolgte die Bildung unternehmertreuer «Gegen-gewerkschaften», beispielsweise schon **1873** im Druckereigewerbe. Versuche einer systematischen Organisation von «Gelben» nach ausländischen



Ein Aufruf zur Gründung christlicher Gewerkschaften von 1908

1906: Gründung der Schweizerischen evangelisch-sozialen Unterstützungskasse.

1907: Gründung des Christlich-sozialen Gewerkschaftsbundes

Vorbildern begannen nach der Jahrhundertwende. **1906** entstand eine «Gelbe Arbeiter-Zeitung», **1912** wurde in Zürich ein «Freier Arbeiterbund» zur Erfassung von Streikbrechern gebildet. Der freisinnige Nationalrat, Unternehmer und Arbeitgeberfunktionär Eduard Sulzer-Ziegler, der in seinem eigenen Betrieb einen loyalen «Werkverein» gegründet hatte, lancierte mit grossem Aufwand eine «Freie Arbeiterzeitung», mit deren Hilfe er erfolglos eine gesamtschweizerische «gelbe» Bewegung ins Leben zu rufen versuchte. Ab **1911** entstanden in den Kantonen St.Gallen und Solothurn dem Freisinn nahestehende Gewerkschaften.

Diese Entwicklungen vollzogen sich vor dem Hintergrund einer intensiven Streiktätigkeit, die von den **1860er-Jahren** bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs laufend zunahm. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gab es in der Schweiz nicht weniger als 1'418 Streiks! Im Unterschied zu den SGB-Verbänden stellte für die christlichsozialen Gewerkschaften der Streik ein Ausnahmemittel dar. Trotzdem arbeiteten bis **1914** in drei Dutzend Streiks christlichsoziale und sozialdemokratische Gewerkschaften zusammen und in etwa ebenso vielen Fällen legten christlichsoziale Gewerkschafter die Arbeit alleine nieder.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs ging im Zeichen des «Burgfriedens» die Zahl der Arbeitskämpfe zunächst stark zurück. Teuerungsbedingte Reallohnverluste von rund 25 Prozent, Einkommensausfälle aufgrund des Aktivdienstes sowie zunehmende Knappheit an Nahrungsmitteln, Kleidung, Energie und Wohnraum führten aber in der zweiten Kriegshälfte zu einer Streik- und Protestwelle, die über das Kriegsende hinaus anhielt und an der auch viele Frauen beteiligt waren. **1917** bis **1920** gab es in der Schweiz 830 Streiks, darunter sechs lokale und drei überregionale Generalstreiks. Diese Proteste gingen hauptsächlich von den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen aus. **1917** gab es in der Aluminiumfabrik in Chipis aber einen von einem Priester angeführten Streik christlichsozialer Arbeiter und im Folgejahr führten christlichsoziale Verbände 144 Lohnbewe-

gungen. Beim Höhepunkt der Protestwelle, dem im November **1918** vom Oltener Aktionskomitee, dem SGB und der SP ausgerufenen Landesstreik, standen die christlichsozialen Gewerkschaften abseits. Zwar sympathisierten sie mit vielen Punkten des Forderungskatalogs, lehnten jedoch das Mittel des Generalstreiks zu deren Durchsetzung strikte ab. Nur vereinzelt schlossen sich christlichsoziale Arbeiter entgegen den Aufforderungen ihrer Gewerkschaften zur Weiterarbeit der sozialistischen Streikparole an.

1906: Eine «Gelbe Arbeiter-Zeitung» entsteht.

Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gab es in der Schweiz nicht weniger als 1'418 Streiks!

1912: Ein «Freier Arbeiterverband» zur Erfassung von Streikbrechern wird gebildet.

Bemerkenswert an der CNG-Mitgliederstruktur war der hohe Frauenanteil: 1920 waren über 40 Prozent der Mitglieder weiblich.

Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg

Die Folgen des Landesstreiks waren widersprüchlich. Einerseits vertiefte das Ereignis, das als schwerste Krise des modernen Bundesstaates gilt, die gesellschaftliche Spaltung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum und die politische Polarisierung zwischen der Sozialdemokratie und dem enger zusammenrückenden Bürgerblock. Andererseits trat die Schweiz in eine kurze Reformphase zur Besänftigung der Arbeiterschaft ein, den sogenannten «Galop social».

Dazu zählten die Einführung der 48-Stunden-Woche, Vorbereitungsarbeiten für die (effektiv erst drei Jahrzehnte später eingeführte) AHV sowie eine aktivere staatliche Wohnbaupolitik. In den Diskussionen um einen Mittelweg zwischen ungezügelmtem Privatkapitalismus und marxistischem Staatssozialismus forderten gemässigte sozialdemokratische Stimmen und reformbürgerliche Kräfte neben dem Aufbau des Sozialstaats auch Schritte in Richtung «Wirtschaftsdemokratie» mit betrieblicher Mitbestimmung, überbetrieblichen Wirtschaftsräten sowie Förderung genossenschaftlicher Organisationsformen.

Die nichtsozialistischen Gewerkschaften standen dabei ein Stück weit zwischen den Fronten. Sie grenzten sich einerseits stärker von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ab und versuchten sich andererseits in die Reformdebatten einzubringen. **1919** wurde als Nachfolger verschiedener «gelber» und bürgerlicher Gruppierungen der dem Freisinn nahestehende Landesverband freier Schweizer Arbeiter (LFSA) gegründet. In seinem Gründungsprogramm schlug er die «Uebertragung demokratischer Grundsätze auf die Arbeitsverhältnisse» durch paritätisch aus Arbeitgebern und -nehmern zusammengesetzte Gremien wie einen Wirtschaftsrat, Industrie- und Handelskammern vor. **1920** forderte der Solothurner Linksfreisinnige Ernst Flückiger, nachmaliger LFSA-Zentralpräsident und FDP-Nationalrat, in der LFSA-Zeitschrift

das «Mitsprachrecht der Arbeiterschaft in industriellen Betrieben» als logische Weiterentwicklung der Schweizer Demokratie. Die evangelisch-soziale Unterstützungskasse, die bis **1918** nur wenige Hundert Mitglieder gezählt hatte, erlebte nach dem Landesstreik einen beträchtlichen Zulauf, so dass **1920** mit 2'000 Mitgliedern der Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter (SVEA) gegründet werden konnte. Obwohl LFSA und SVEA jeweils weniger als 3'000 Mitglieder zählten, beanspruchten sie den Status von Dachverbänden.

Die grösste nichtsozialistische Gewerkschaftsorganisation blieb aber der CSG mit **1920** knapp 17'000 Mitgliedern (gegenüber 223'000 im SGB). Im Nachgang zum Landesstreik trat er aus dem Arbeiterbund aus, der sich daraufhin auflöste. **1920** war er an der Gründung des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften beteiligt, dessen Präsidium bis **1928** der St. Galler Nationalrat und führende christlichsoziale Funktionär Josef Scherrer übernahm. **1921** benannte sich der CSG zwecks deutlicherer weltanschaulicher Positionierung um in Christlichnationaler Gewerkschaftsbund (CNG). **1922** bildeten CNG, LSFA, SVEA und weitere nichtsozialistische Organisationen als Gegengewicht zum SGB das Kartell nationaler Arbeiter-Organisationen, das aber nur bis **1924** und später noch einmal von **1939** bis **1945** existierte. In den Bettagsmandaten von **1919** und **1920** warnten die Schweizer Bischöfe vor dem «Pesthauch der roten Vereine und ihrer Gewerkschaften» und im Bettagsmandat **1926** bekannten sie sich zu den christlichsozialen Gewerkschaften. In jener Zeit kam es in den Zeitungen der SGB- und CNG-Verbände immer wieder zu wüsten gegenseitigen Beschimpfungen. Bis Ende der **1920er-Jahre** blieb die Mitgliedschaft des CNG unter einem Zehntel derjenigen des SGB. Danach verdoppelte sie sich und betrug zur Mitte der **1930er-Jahre** um die 40'000 Personen (gegenüber 220'000 beim SGB). Bemerkenswert an der CNG-Mitgliederstruktur war der hohe Frauenanteil: **1920** waren über 40 Prozent der Mitglieder weiblich. In den folgenden Jahren ging dieser Anteil zwar stark zurück, blieb jedoch immer noch etwa dreimal so hoch wie im SGB.

In den Reformdebatten nach dem Landesstreik propagierten die Christlichsozialen berufsständische Körperschaften, in denen Arbeitgeber und -nehmer der einzelnen Wirtschaftszweige zusammenwirken sollten. Der CNG-Kongress **1921** bettete seine Vorstellungen von Arbeitermitbestimmung im «christlichen Staat» in die Forderung nach einer «auf der Grundlage des Berufes organisch konstituierte[n] Gesellschaft» ein. Dieser sogenannte «Korporatismus», der dann **1931** auch in der Sozialenzyklika «Quadragesimo anno» von Papst Pius XI. gefordert wurde, galt über sozialkatholische Kreise hinaus als Mittel zur Versöhnung von Kapital und Arbeit und Alternative zu Liberalismus und Sozialismus. Umgesetzt wurde er zuerst in den **1920er-Jahren** unter faschistischen Vorzeichen in Italien, in den **1930er-Jahren** dann in den katholisch-autoritären «Ständestaaten» Portugals und Österreichs.

In der Schweiz gewann der Korporatismus in der Wirtschaftskrise der **1930er-Jahre** Anhänger nicht nur bei Christlichsozialen und Katholisch-Konservativen, sondern auch in gewerblichen Kreisen und bei der faschistischen Frontenbewegung. Wie die Berufskörperschaften aussehen und welche Rolle sie im Staatsaufbau spielen sollten, war aber umstritten. **1931** reichte Josef Scherrer im Nationalrat einen Vorstoss für die «Demokratisierung des Wirtschaftslebens auf der Grundlage der berufsständischen Organisation» ein. Der katholisch-konservative Parteitag **1933** erliess Richtlinien zur «Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft im Sinne des berufsständischen Aufbaus der Volkswirtschaft». Die von Katholisch-Konservativen und Fronten lancierte Volksinitiative für

1921: Der CNG-Kongress bettet seine Vorstellungen von Arbeitermitbestimmung im «christlichen Staat» in die Forderung nach einer «auf der Grundlage des Berufes organisch konstituierte[n] Gesellschaft» ein.



CNG-Manschettenknopf, ca. 1930

eine Totalrevision der Bundesverfassung, die auf eine berufsständische Ordnung abzielte, erlitt **1935** mit über 72 Prozent Nein-Stimmen an der Urne Schiffbruch.

Der CNG beschloss **1933** ein berufsständisches Programm und legte im folgenden Jahr einen Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Ordnung der Wirtschaft mit Berufskammern und Wirtschaftsräten vor. Auch gab es kantonale Versuche zur Umsetzung solcher Modelle. Zwei Gesetzesentwürfe für die Errichtung öffentlich-rechtlicher Korporationen im Kanton Fribourg von **1933/34** traten nicht in Kraft, da die regierenden Katholisch-Konservativen ein negatives Gerichtsurteil fürchteten. Im Wallis, Solothurn, Luzern, Zürich und St.Gallen reichten Konservative und Christlichsoziale zeitgleich Vorstösse für Korporationssysteme ein. In Genf existierte **1931** bis **1946** die von den christlichen Gewerkschaften initiierte Fédération Genevoise des corporations, die Arbeitgeber und nichtsozialistische Gewerkschaften zusammenschloss. Im Verlauf der Wirtschaftskrise entwickelten sich die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern aber in eine andere Richtung: Der auf Verträgen

**Erste Tarifverträge
hatte es bereits im
späten 19. Jahrhundert
gegeben.**

**1937: «Friedensabkommen»
in der Maschinen- und Metall-
industrie, das für zwei Jahre
Streiks und Aussperrungen
ausschloss und ein mehr-
stufiges Konfliktlösungs-
verfahren einführt.**

**1938: Der erste
«Landesmantelvertrag»
(LMV) im Baugewerbe
wird abgeschlossen.**

beruhenden Sozialpartnerschaft. Erste Tarifverträge hatte es bereits im späten 19. Jahrhundert gegeben. **1911** erhielten sie als «Gesamtarbeitsverträge» (GAV) im Obligationenrecht eine juristische Grundlage. **1929** gab es 303 GAV für etwa 65'000 Personen. Neun Jahre darauf waren es bereits 417.

Ein Meilenstein in der Herausbildung der vertragsbasierten Sozialpartnerschaft war aber eine Vereinbarung, die zunächst nicht den Charakter eines GAV hatte: Das «Friedensabkommen» in der Maschinen- und Metallindustrie. Als der Bundesrat **1936** das Volkswirtschaftsdepartement zur Zwangsschlichtung bei Arbeitskämpfen ermächtigte, traten Arbeitgeber und Gewerkschaften in Verhandlungen, aus denen im Juli **1937** ein Abkommen resultierte, das für zwei Jahre Streiks und Aussperrungen ausschloss und ein mehrstufiges Konfliktlösungsverfahren einführt. Vertragspartner waren der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM) sowie der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV), der Christliche Metallarbeiter-Verband (CMV), der LFSA und der SVEA. Seitens der Gewerkschaften war der SMUV mit 60'000 Mitgliedern klar der stärkste Verband, während der CMV 5'000 und der LFSA in der Metall- und Uhrenindustrie 639 Mitglieder zählten. Das «Friedensabkommen» wurde nach der zweijährigen Laufzeit dann im Fünfjahresrhythmus immer wieder verlängert

und zunehmend mit Regelungen zu Löhnen, Sozialleistungen, Arbeitszeiten, Bildung und betrieblicher Mitwirkung angereichert.

Ein Jahr nach dem «Friedensabkommen» wurde **1938** der erste «Landesmantelvertrag» (LMV) im Baugewerbe abgeschlossen. Er enthielt konkrete Regelungen bezüglich Löhne und Arbeitszeiten, aber keine absolute Friedenspflicht. Vertragspartner waren der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) sowie der Bau- und Holzarbeiterverband (SBHV), der Christliche Holz- und Bauarbeiterverband (CHB), der LFSA und der SVEA. Auch der LMV wurde in der Folge immer wieder erneuert. Aus christlichsozialer Warte wurzelten diese und weitere Abkommen in der «berufsständischen Idee», während die SGB-Verbände und der LFSA darin eher deren Überwindung erblickten.

1945: Der erste GAV
in der Chemie

Vom Boom der Nachkriegszeit bis zur Krise der 90er-Jahre

In den späten 1940er-Jahren kam es zur bislang letzten grossen Streikwelle. Dabei ging es um den Ausgleich der durch die Kriegsteuerung verursachten Reallohnverluste, um die Einführung bezahlter Ferientage und um die Durchsetzung neuer GAV. 1944 bis 1950 stieg die Zahl der GAV von 632 auf 1'447.

Ein Durchbruch war 1945 der erste GAV in der Chemie. 1943 hatten die Chemiekonzerne ein Friedensabkommen nach dem Vorbild der Metallindustrie vorgeschlagen. SMUV und LFSA begrüsst dies. Hingegen forderten die christlichsozialen Gewerkschaften und der kommunistische Industriearbeiter-Verband Basel einen GAV. Damit konnten sie an den Belegschaftsversammlungen Mehrheiten hinter sich scharen. Nach verschiedenen Streiks in der Basler Chemie lenkten die Arbeitgeber ein. Im Bau, der von verschiedenen Streikbewegungen betroffen war, gab es 1946 ein gemeinsames Vorgehen von SBHV, CHB (der im Vorjahr nach einem Konflikt aus dem CNG ausgetreten war), LFSA und SVEA. Im folgenden Jahr traten SBHV und CHB teilweise gemeinsam als Organisatoren von Protesten auf.

Nach dieser Streikwelle trat die Schweiz zu Beginn der 1950er-Jahre in eine Phase weitgehenden Arbeitsfriedens ein. Nun verfügten 775'000 Arbeitnehmerinnen und -nehmer über einen Gesamtarbeitsvertrag, zwölfmal mehr als 1929. Wesentlicher Bestandteil vieler Verträge, an denen in der Regel CNG-Verbände, LFSA und SVEA als Minderheitsgewerkschaften beteiligt waren, war die Friedenspflicht. Zu den wenigen Arbeitskämpfen dieser Epoche gehörte 1953 ein zweimonatiger Malerstreik in Zürich, der von SBHV, CHB, SVEA und Teilen des LFSA gemeinsam getragen wurde. Zumeist einigten sich in der bis zu Beginn der 1970er-Jahre dauernden Phase stetigen Wirtschaftswachstums die Sozialpartner aber auf friedlichem Wege auf

graduelle Verbesserungen, insbesondere Lohnerhöhungen, Verkürzungen der Arbeitszeit und Ausbau der Ferienansprüche.

Zugleich bauten die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit ihre Hilfs-, Bildungs- und Freizeitangebote aus. So verfügten sie über Arbeitslosenversicherungen und Sterbekassen, boten Bildungsveranstaltungen an und organisierten Sportanlässe. Der CHB hatte ein eigenes Hilfswerk, der LFSA organisierte ab den 1950er-Jahren Kinderferienlager. Der SVEA hatte bereits 1943 eine Wohnbaugenossenschaft mit verschiedenen Standorten gegründet, ab den 1950er-Jahren entstand eine Reihe christlichsozialer Baugenossenschaften. 1953/54 schlossen LFSA, CNG und SVEA Abkommen, die gegenseitige Bekämpfung in Wort und Schrift sowie Abwerbung von Mitgliedern untersagten.

Beim CNG als weiterhin mit Abstand grösster nicht-sozialistischer Gewerkschaftsvereinigung kam es zu verschiedenen organisatorischen Veränderungen. 1952 kehrte der CHB in den Bund zurück. 1957 entstand als Dach des christlichsozialen Organisationsgeflechts die Christliche Sozialbewegung der Schweiz (CSB, heute: Union der Christlichsozialen).



Protestversammlung während des Zürcher Malerstreiks von 1953



Kampagnenbus der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsinitiative, 1974

Ihr gehörten der CNG, die Christlichsoziale Partei-gruppe (CSP), die innerhalb der Katholisch-Konservativen an Gewicht gewonnen hatte, die Katholische Arbeiternehmer-Bewegung (KAB), die Krankenkasse CSS, die Versicherung Familia, der Schweizerische Verband für sozialen Wohnungsbau sowie weitere Institutionen an. Der CNG gründete **1971** das Hilfswerk CECOTRET, das vor allem Projekte in Lateinamerika und Afrika förderte und sich **1995** dann mit der «Brücke der Brüderhilfe» zu «Brücke – Le pont» zusammenschliessen sollte. **1975** entstand ein CNG-Bildungsinstitut.

Nach zwei Jahrzehnten Hochkonjunktur besann sich Ende der **1960er-Jahre** eine neue Generation von Gewerkschaftern eines Anliegens, das ein halbes Jahrhundert zuvor schon einmal intensiv diskutiert und in verschiedenen Nachbarländern längst verwirklicht worden, im Schatten der vertraglichen Sozialpartnerschaft aber kaum mehr ein Thema gewesen war: Der betrieblichen Mitbestimmung. Zur Reaktivierung des Themas trugen Entwicklungen in sozialdemokratisch regierten Ländern Mittel- und Nordeuropas und die Aufbruchsstimmung von «68» bei, im Falle der Christlichsozialen auch der Reformimpuls des Zweiten Vatikanischen Konzils. Nach Vorarbeiten seit **1969** lancierten SGB, CNG und SVEA **1971** unter dem Label «Die Schweizer Gewerkschaften» gemeinsam die Volksinitiative «Für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer». Sie

1957: Als Dach des christlichsozialen Organisationsgeflechts entsteht die Christliche Sozialbewegung der Schweiz (CSB, heute: Union der Christlichsozialen).

Die Abstimmung über die Mitbestimmungsinitiative 1976 stand bereits unter dem Eindruck der ersten grossen Rezession seit 1945.

1971: Der CNG gründet das Hilfswerk CECOTRET

wollte dem Bund die Kompetenz einräumen, «über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen in Betrieb, Unternehmung und Verwaltung» Vorschriften zu erlassen. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit beschloss dazu einen Gegenvorschlag, der die Möglichkeiten der Mitbestimmung einschränkte und Gewerkschaftsfunktionäre ausdrücklich davon ausschliessen wollte. Aus gewerkschaftlicher Sicht stellte dies sogar einen Rückschritt gegenüber dem Status quo dar. Die Abstimmung **1976** stand bereits unter dem Eindruck der ersten grossen Rezession seit **1945**. Die Parteien der Linken und Mitte unterstützten die Initiative, die Rechte den Gegenvorschlag, während die CVP ein doppeltes Nein empfahl. Schliesslich wurden beide Vorlagen abgelehnt – die Initiative mit 67, der Gegenvorschlag gar mit über 70 Prozent Nein.

Im selben Jahr führten Lohnkürzungen und Arbeitsplatzabbau infolge der Erdölkrise zu einer kleinen Streikwelle, bei der in zwei Fällen der CMV eine interessante Rolle spielte: Bei der Waadtländer Firma Matisa SA führte die kompromissbereite Haltung des SMUV dazu, dass die Vertretung der Belegschaftsinteressen auf den CMV überging. Dieser rief an einer Betriebsversammlung zum Streik auf, den zwei Drittel der Belegschaft befolgten. Der SMUV hielt zunächst an der vertraglichen Friedenspflicht fest und unterstützte den Streik erst in einer späten Phase. Ähnlich verlief kurz darauf ein Streik beim

**1990: Der CNG
erreicht sein
Allzeithoch.**

Strickmaschinenunternehmen Dubied mit Produktionsstätten in Couvet, Marin und Peseux, der vom CMV und neulinken Gruppierungen lanciert und vom SMUV wiederum erst nach einigem Zögern mitgetragen wurde.

In den streikarmen **1980er-Jahren** lag ein Schwerpunkt des CNG auf der «Humanisierung der Arbeit». **1982** trat der SVEA dem CNG bei. Der evangelische Verband hatte seinen Höhepunkt mit fast 17'000 Mitgliedern Anfang der **1950er-Jahre** erlebt. Ab **1980** beschleunigte sich der Mitgliederrückgang dramatisch auf weniger als 2'500 im Jahre **1992**. Dagegen erreichte der CNG **1990** mit 116'000 Mit-

gliedern (gegenüber 444'000 beim SGB) sein Allzeithoch. In der langen Rezessions- und Stagnationsphase der **1990er-Jahre** mit hoher Arbeitslosigkeit und klammen Staatsfinanzen wurden beim CNG angesichts neoliberaler Angriffe auf Sozialpartnerschaft und Sozialstaat wieder sozialpolitische Zielsetzungen prioritär, besonders in den Bereichen der Beschäftigungs- und Familienpolitik. Der Verband geriet nun aber selber in die Krise. Die Mitgliederzahlen gingen bis **1997** um 20 Prozent auf rund 93'000 Personen zurück. Zudem lockerten sich die Bindungen zur schrumpfenden CVP, von der sich in mehreren Kantonen unabhängige Christlichsoziale Parteien abspalteten.



Streik bei Dubied, 1976

Die nichtgewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten

Von den Anfängen bis zum Landesstreik

Die ersten Angestelltenorganisationen entstanden zur selben Zeit wie die Gewerkschaften, unterschieden sich in ihrem Selbstverständnis aber deutlich von ihnen. Ab den 1860er-Jahren bildeten sich Vereine junger Kaufleute und 1873 wurde der Schweizerische Kaufmännische Verein (SKV) gegründet, die bis heute grösste Angestelltenorganisation.

Weitere wichtige Gründungen waren **1886** die Union Helvetia (heute: Hotel & Gastro Union) als Verein der Hotelangestellten und **1893** der Schweizerische Werkmeisterverband (SWV, heute: Swiss Leaders). Die Angestelltenorganisationen pflegten ein spezifisches Standesbewusstsein und legten einen besonderen Schwerpunkt auf die Berufsbildung. So gründete der Kaufmännische Verein Zürich **1887** eine Handelsschule und die Union Helvetia **1909** die Schweizerische Hotelfachschule Luzern. Gewerkschaftliche Anliegen waren zunächst eher nebensächlich. Wenn sie Gegenstand von Verbandsbestrebungen wurden, dann meist in Form der «Standespolitik». Im intensiven Streikgeschehen um die Jahrhundertwende spielten die Angestelltenorganisationen keine aktive Rolle.

Die massiven Reallohnverluste während des Ersten Weltkriegs trafen dann aber auch die Angestellten. Dies führte zu einer vorübergehenden Radikalisierung und Neugründungen. **1917** entstand in Zürich ein Bankpersonalverband, der innert kurzer Zeit zwei Drittel aller Bankangestellten umfasste und sich vom gemässigten SKV abspaltete. Am 30. September **1918**, wenige Wochen vor dem Landesstreik, proklamierte der Verband für seine Anerkennung durch die Arbeitgeber sowie Anpassung der Löhne an die Teuerung einen aufsehenerregenden Streik, der von der Arbeiterunion Zürich mit einem lokalen Generalstreik unterstützt wurde. Be-

reits am zweiten Streiktag bewilligten die Banken die Forderungen. Der Bankstreik war für die bürgerlichen Eliten ein Schock und rief Befürchtungen über ein Abdriften der Angestellten ins sozialistische Lager hervor.

Einige Monate zuvor, am 4. Juli **1918**, hatten wichtige Berufs- und Branchenverbände wie SKV, SWV, Union Helvetia und der Schweizerische Technikerverband die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) gegründet. Diese richtete im Herbst **1918** mehrere Eingaben an den Bundesrat mit Forderungen zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung und der Angestelltenlöhne. Während des Landesstreiks rief die VSA ihre Mitglieder zu Besonnenheit und Ruhe auf und wies auf

1918: Mehrere Eingaben gehen an den Bundesrat mit Forderungen zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung und der Angestelltenlöhne.

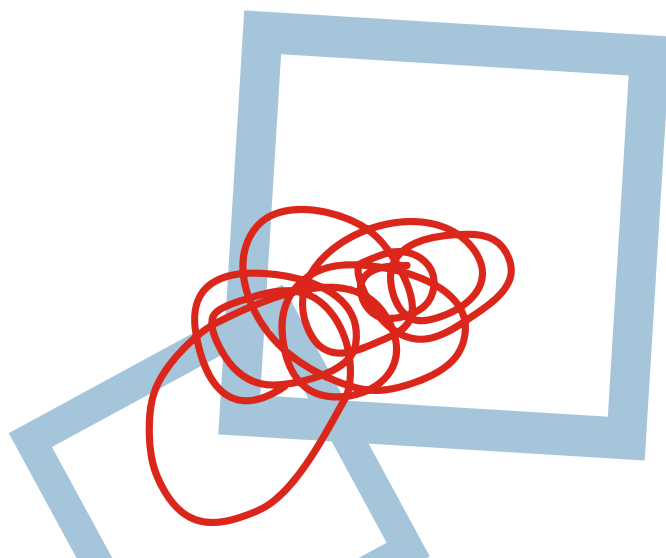
1909: Die Union Helvetia gründet die Schweizerische Hotelfachschule Luzern.



Schaufenster der Hotelfachschule Luzern, ca. 1930

ihre laufenden Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern hin. Tatsächlich wurde Ende **1918** der erste landesweite GAV für Angestellte abgeschlossen (sogenannte «Berner Übereinkunft»). An dessen Entstehung hatte staatliche Vermittlung, die einem Linksrutsch bei den Angestellten entgegenwirken wollte, wesentlichen Anteil. Der Vertrag wurde aber bereits **1921** wieder aufgelöst. Kurz nach der Gründung traten mit dem Schweizerischen Bankpersonalverband und dem Verband Schweizerischer Angestelltenverbände der Maschinenindustrie (VSAM) zwei weitere wichtige Organisationen der VSA bei. Und mehrere Angestelltenorganisationen liessen um **1918** erstmals Frauen zur Mitgliedschaft zu.

Um 1918 liessen mehrere Angestelltenorganisationen erstmals Frauen zur Mitgliedschaft zu.



Ab den späten 1920er-Jahren entwickeln sich verschiedene Partnerschaften der VSA mit Gewerkschaften.

1934: Der SGB lanciert die Volksinitiative «zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise».

Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg

Die VSA war von Beginn weg stark vom SKV dominiert, der in der Gründungsphase rund die Hälfte der 55'000 Mitglieder stellte. Andere wichtige Angestelltenorganisationen blieben ihr zum Teil fern. Dadurch war die VSA im Vergleich zu den Gewerkschaftsdachverbänden relativ schwach.

Dies führte zu anhaltenden Spannungen, Ein- und Austritten von Verbänden. Der Linie des SKV, der in der VSA lediglich ein Koordinationsgremium sah, standen die Bedürfnisse kleinerer Organisationen entgegen, die einen engeren Zusammenschluss anstrebten. 1922 trat der Technikerverband aus der VSA aus, 1942 auch der Bankpersonalverband. Auf der anderen Seite stiessen 1920 der Baukaderverband, 1925 die Vereinigung von Handelsreisenden, 1929 der Musikerverband, 1930 der Verband schweizerischer Vermessungstechniker und 1944 Droga Helvetica hinzu.

In den Reformdebatten der frühen Zwischenkriegszeit vertraten die Angestelltenorganisationen Positionen, die denjenigen des freisinnigen Reformflügels ähnelten. Zwei Wochen nach dem Landesstreik sprach sich der SKV für überbetriebliche Wirtschaftsräte aus, die mit Praktikern, nicht Politikern, besetzt werden sollten. Die VSA forderte 1919 aus Arbeitgebern und -nehmern besetzte Wirtschaftsräte als Teil der Volkswirtschaftsministerien auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Ab den späten 1920er-Jahren entwickelten sich verschiedene Partnerschaften der VSA mit Gewerkschaften, die intern allerdings oft umstritten waren. 1928 schlossen VSA und SGB ein Abgrenzungsabkommen. 1932 richteten VSA, SGB und der Föderativverband des Personals öffentlicher Dienste angesichts der Weltwirtschaftskrise eine Eingabe an den Bundesrat, die eine aktive staatliche Krisenbekämpfung forderte. Im selben Jahr initiierte die VSA die Nationale Aktionsgemeinschaft für wirtschaftliche Verteidigung (NAG) als kartellartige Zusammenfassung nichtsozialistischer Ar-

beitnehmerorganisationen. Ihr gehörten auch der CNG (der bereits 1935 wieder austrat), der SVEA, der Zentralverband des Staats- und Gemeindepersonals, der Lehrerverein und die Vereinigung der Versicherungspersonalverbände an. Der Zusammenschluss, der sich ab 1949 Nationale Arbeitnehmer-Gemeinschaft nannte, existierte bis Ende der 1960er-Jahre.



Die von der VSA unterstützte gewerkschaftliche Kriseninitiative scheiterte 1935 an der Urne

1934 lancierte der SGB die Volksinitiative «zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise». Sie wollte den Bund zur Abkehr von der krisenverschärfenden Sparpolitik und Massnahmen gegen die wirtschaftliche Abwärtsspirale verpflichten. Diese glichen dem «New Deal», mit dem US-Präsident Franklin D. Roosevelt seit **1933** gegen die Depression kämpfte: Stützung von Löhnen sowie landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktpreisen, Arbeitslosenversicherung, staatliche Arbeitsbeschaffungsprojekte, Entlastung überschuldeter Betriebe in Landwirtschaft und Gewerbe, Förderung von Export und Fremdenverkehr sowie Kontrolle von Kapitalmarkt, Kapitalexpert, Kartellen und Trusts. Dem Initiativkomitee gehörten der SGB, die SVA, der SVEA, die NAG, der Föderativverband des Personals öffentlicher Dienste, die sich zunehmend von den Bauernparteien entfremdende Jungbauernbewegung und der Lehrerverein an. Anfänglich war auch der CNG an Bord, zog sich dann aber wegen eines Konfliktes um den Initiativtext zurück. Die von rekordverdächtigen 334'699 Stimmberechtigten unterzeichnete Initiative wurde in einem polarisierten Abstimmungskampf von Verfechtern einer uneingeschränkten Marktwirtschaft wie auch Anhängern des Korporatismus heftig bekämpft. Die Initiative scheiterte **1935** an der Urne, erzielte mit 42,8 Prozent Ja-Stimmen aber einen Achtungserfolg und sorgte mit 84,4 Prozent für eine rekordhohe Stimmbeteiligung. Das Engagement der VSA für die Kriseninitiative führte zum Austritt des VSAM.

Aus der Allianz für die Kriseninitiative entstand **1936** die «Richtlinienbewegung» als Bestrebung, eine neue Mitte-Links-Mehrheit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Abwehr antidemokratischer Einflüsse zu schaffen. Federführend bei der Ausarbeitung der «Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie» waren SGB, VSA, SVEA und Jungbauern. Hinzu stiessen die SP, die NAG, der Föderativverband des Personals öffentlicher Dienste, verschiedene Demokratische Kantonalparteien, die Schaffhauser Bauernpartei, der Freiwirtschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft junger Katholiken. Die angefragte FDP lehnte eine Mitwirkung ab, die

Kommunisten wurden abgewiesen. Die Richtlinienbewegung existierte bis **1940**, verlor aber rasch an Schwung. Nicht zuletzt das Friedensabkommen der Maschinen- und Metallindustrie erschien als alternatives Modell zu ihren Bestrebungen. Im kaufmännischen Bereich kam **1938** erstmals seit **1921** wieder ein vertragliches Verhältnis zwischen VSA, SKV und den Arbeitgebern zustande. Dieses «Richtlinienabkommen» hatte nicht die Qualität eines GAV, ermöglichte aber während des Zweiten Weltkriegs regelmässige Verhandlungen über den Teuerungsausgleich.

Im Jahre **1938** forderte die VSA in einer Eingabe an das Eidgenössische Militärdepartement eine bessere finanzielle Absicherung der Wehrmänner. Aus diesem Postulat ging kurz nach der Generalmobilmachung vom September **1939** die Lohnersatzordnung hervor, die während des Aktivdienstes eine Verarmung der Wehrmännerfamilien wie im Ersten Weltkrieg verhinderte. Diese neue Sozialversicherung erschien als Modell für eine zukünftige AHV. **1942** legte ein von VSA, Gewerkschaften, SP und FDP getragenes Komitee ein entsprechendes Projekt mit dem Titel «Gesichertes Alter» vor. Aus diesem Impuls ging die **1947** in der Volksabstimmung mit über 80 Prozent angenommene AHV-Vorlage hervor, die den entsprechenden Verfassungsauftrag von **1925** endlich Realität werden liess. Zur selben Zeit erneuerte die VSA **1944** ihre strategische Partnerschaft mit dem SGB durch eine Vereinbarung über die regelmässige Besprechung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen.

1938: Die VSA fordert in einer Eingabe an das Eidgenössische Militärdepartement eine bessere finanzielle Absicherung der Wehrmänner.

1947: Die AHV-Vorlage wird in einer Volksabstimmung mit über 80 Prozent angenommen.

Den Todesstoss als eigenständige Dachorganisation erhält der VSA im Jahr 2000.

Vom Boom der Nachkriegszeit bis zur Krise der 90er-Jahre

Mit der Ausweitung der GAV-basierten Sozialpartnerschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurden auch die Angestelltenorganisationen zunehmend Vertragspartner. Allerdings unterschieden sich ihre Verträge in der Regel von denjenigen der Gewerkschaften durch nur minimale Regelungen zu Lohn und Anstellungsbedingungen.

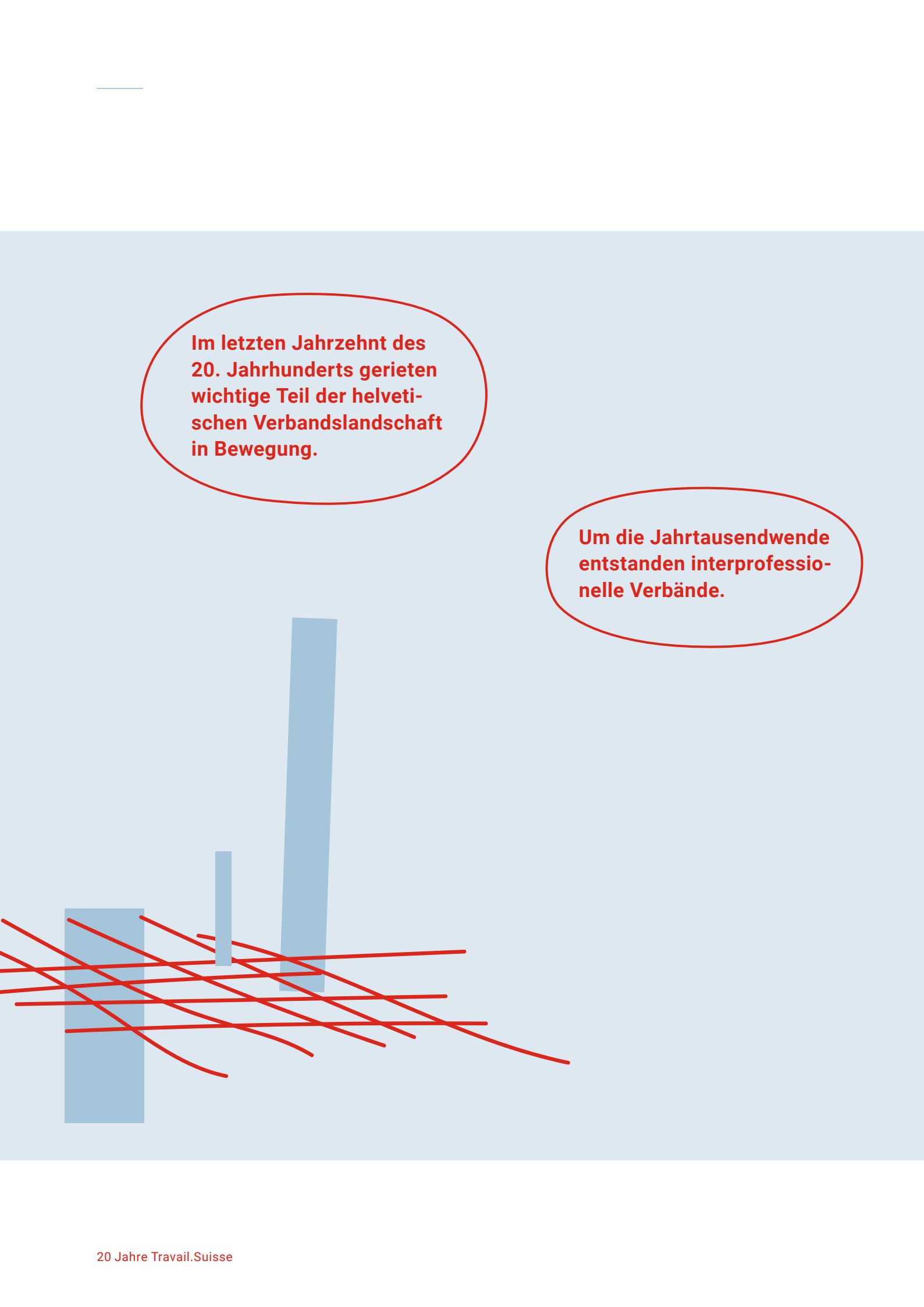
Der Fokus der Verbandspolitik lag weiterhin auf berufsbezogener «Standespolitik», während traditionell gewerkschaftliche Anliegen stärker der Eigeninitiative der häufig gut qualifizierten Mitglieder überlassen blieben. Die Zusammenarbeit zwischen VSA und SGB wurde 1955 mit der Gründung der Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten (AGAK) gestärkt. 1975 erneuerten VSA und SGB das Abkommen über strategische Partnerschaft aus dem Zweiten Weltkrieg. Allerdings beteiligte sich die VSA nicht an der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsinitiative und beschloss für den Urnengang Stimmfreigabe.

Die Zusammensetzung der VSA blieb fluide: 1959 kehrte der VSAM in die Dachorganisation zurück und im selben Jahr trat auch der Verband von Betriebsfachleuten bei, der ein Jahrzehnt später die VSA aber wieder verliess. 1965 wurden der Angestelltenverband des Schweizer Buchhandels (der 1984 wieder austrat), der Verband der Versicherungs-Inspektoren und -Agenten und der Laborpersonalverband VSA-Mitglieder. Ebenfalls in den 1960er-Jahren öffnete sich die VSA, die bislang ausschliesslich Verbände der Privatangestellten umfasst hatte, für alle Angestelltenkategorien. Weiterhin blieb der SKV dominant: 1950 stammten rund 52'000 der 75'000 VSA-Mitglieder aus diesem Verband. Bis in die 1980er-Jahre stieg die Mitgliedschaft stetig an, blieb allerdings hinter dem Beschäftigungswachstum zurück. Den Höhepunkt erreichte die VSA 1985 mit knapp 149'000 Mitgliedern.

In den 1990er-Jahren geriet die VSA aber in die Krise. Verschiedene Angestelltenorganisationen, darunter der SKV, hatten bereits seit den späten 1970er-Jahren Mitgliederverluste verzeichnet. Auch nahm der Organisationsgrad der Angestellten in der boomenden Dienstleistungsgesellschaft stetig ab. 1950 war er noch etwa gleich hoch wie in der Arbeiterschaft gewesen, fiel in der Folge aber immer mehr zurück. Hinzu kamen Versuche der Gewerkschaften, in den Dienstleistungssektoren Fuss zu fassen, so 1995 mit der Gründung der SGB-Dienstleistungsgewerkschaft unia und 2001 mit der Assoziation des Bankpersonalverbandes an den SGB. Die VSA büsste in den 1990er-Jahren etwa ein Drittel ihrer Mitgliedschaft ein. 1990 trat der Baukaderverband und 1998 die Schweizer Kader Organisation (heute: Swiss Leaders) aus der VSA aus. Den Todesstoss als eigenständige Dachorganisation versetzte der VSA dann im Jahr 2000 der Austritt des SKV mit seinen damals knapp 60'000 Mitgliedern.

Den Höhepunkt erreicht die VSA 1985 mit knapp 149'000 Mitgliedern.

1955: Die Zusammenarbeit zwischen VSA und SGB wird mit der Gründung der Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Konsumenten (AGAK) gestärkt.



Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gerieten wichtige Teil der helvetischen Verbandslandschaft in Bewegung.

Um die Jahrtausendwende entstanden interprofessionelle Verbände.

Auf dem Weg zur Fusion von 2002



CHB-Mitglieder an einer Demonstration gegen Sozialabbau in Bern, 1994

Wandel der Verbandslandschaft

Die Mitgliederverluste von CNG und VSA im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts waren keine isolierten Phänomene. Zur selben Zeit gerieten wichtige Teile der seit der Zwischenkriegszeit recht stabilen helvetischen Verbandslandschaft in Bewegung. Dies hatte verschiedene Gründe.

Längerfristig wirkten der Struktur- wie auch der Kulturwandel: Noch **1970** waren mehr Beschäftigte in der Industrie tätig gewesen als im Dienstleistungssektor (46,2 gegen 45,5 Prozent). **1990** arbeiteten dann bereits doppelt so viele Leute im Dienstleistungssektor als in der Industrie (63,6 gegen 32,2 Prozent), im Jahr **2000** sogar dreimal so viele (71,9 gegen 24,0 Prozent).

Die Sektoren mit traditionell starker gewerkschaftlicher Organisation schrumpften also zugunsten derjenigen mit schwachem Organisationsgrad. Parallel dazu lösten sich im späten 20. Jahrhundert im Zug der Individualisierung traditionelle Sozialmilieus zunehmend auf. Dies bekamen Vereine und Verbände ebenso zu spüren wie Landeskirchen, Parteien und traditionelle Printmedien.

Bei den Arbeitnehmendenverbänden betrug der Gesamtorganisationsgrad Ende der **1990er-Jahre** noch etwa **20 Prozent** gegenüber knapp **30 Prozent** in der Nachkriegszeit.

Hinzu kamen verschiedene neue Herausforderungen: Seit den **1970er-Jahren** war die vermehrte Integration von Migranten und Frauen in gewerkschaftliche Strukturen und Zielsetzungen ein Thema. Gleichzeitig geriet angesichts der immer deutlicher werdenden ökologischen Probleme das auf stetem Wachstum von Produktion und Konsum basierende Wohlstandsmodell in die Kritik. Die vertragsbasierte Sozialpartnerschaft mit Friedenspflicht kam in den **1970er-Jahren** von links, in den **1990ern** dann von gewissen Arbeitgeberkreisen unter Beschuss. Und die durch das EWR-Nein von **1992** verschärfte und verlängerte Wirtschaftskrise der **1990er-Jahre** ging einher mit einer neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungseuphorie und den noch nicht überschaubaren Konsequenzen von Globalisierung und Digitalisierung. All diese Prozesse schwächten tendenziell das Verbandswesen, das noch in den **1980er-Jahren** wegen seines grossen Einflusses auf Bundesbern zuweilen als demokratiepolitisches Problem betrachtet worden war.

Bei den Arbeitnehmerverbänden betrug der Gesamtorganisationsgrad Ende der **1990er-Jahre** noch etwa 20 Prozent gegenüber knapp 30 Prozent in der Nachkriegszeit. Der SGB verlor während der **1990er-Jahre** 13 Prozent seiner Mitglieder, der CNG bis **1997** sogar fast 20 Prozent. Die Gewerkschaften reagierten darauf mit Fusionen, dem Versuch, bisher schwach erschlossene Sektoren des Dienstleis-

1998: Syna
1999: transfair
2004: UNIA
2010: syndicom

Ab der Jahrtausendwende versuchten SVP-nahe Kräfte, den in den Arbeitgeberverbänden traditionell dominierenden Freisinn zu verdrängen und eine stärker konfrontative Politik gegenüber Arbeitnehmerinnen und -nehmern und Gewerkschaften durchzusetzen.

tungsbereichs zu erfassen, sowie Bestrebungen zur Wiedererlangung der Streikfähigkeit. Bereits in früheren Zeiten waren häufig Zusammenschlüsse von Verbänden vorgekommen. Diese folgten in der Regel der Branchenlogik mit dem Ziel, Zersplitterung innerhalb desselben Sektors zu überwinden. Neu entstanden nun hingegen interprofessionelle Verbände wie die Syna (**1998**), transfair (**1999**), UNIA (**2004**) und syndicom (**2010**).

Auch bei den Arbeitgeberverbänden ging der (schwieriger messbare) Organisationsgrad im späten 20. Jahrhundert zurück. Hinzu kamen weitere Entwicklungen: Der Strukturwandel dezimierte viele Branchen und damit auch die Zahl der in den Verbänden vertretenen Unternehmen. Interessensgegensätze zwischen kleineren und Grossunternehmen, Binnen- und Exportwirtschaft sowie Real- und Finanzwirtschaft wurden grösser und auch Gegenstand von Auseinandersetzungen in den Verbänden. Durch einen Generationenwechsel gelangten anstelle traditioneller, in der helvetischen Sozialpartnerschaft grossgewordener Patrons an angelsächsischen Managementmethoden orientierte CEOs an die Schalthebel. Auch bei den Arbeitgeberverbänden gab es Zusammenschlüsse, so etwa des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) und des ASM zu Swissmem. Es kam aber auch vermehrt zu Reibereien zwischen konkurrierenden Verbänden, so zwischen Swiss-

mem und Swissmechanic oder Gastrosuisse und Hotelleriesuisse.

Ab der Jahrtausendwende versuchten zudem SVP-nahe Kräfte, den in den Arbeitgeberverbänden traditionell dominierenden Freisinn zu verdrängen und eine stärker konfrontative Politik gegenüber Arbeitnehmerinnen und -nehmern und Gewerkschaften durchzusetzen. In diesem Zusammenhang forderte Christoph Blocher **1999** den Zusammenschluss von Handels- und Industrieverein (SHIV), Arbeitgeberverband (SAV) und der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (wf). Im folgenden Jahr fusionierten SHIV und wf zu economiesuisse, der SAV blieb daneben aber bestehen und der angestrebte Rechtsrutsch kam nicht zustande. Besser gelang dies **2007** beim Gewerbeverband. Insgesamt nahm die politische und sozialpartnerschaftliche Bedeutung der Arbeitgeberverbände nicht wesentlich ab – trotz Unkenrufen in den **1990er-Jahren**, die deren Ablösung durch Direktlobbying der Grosskonzerne prophezeit hatten. Stark blieb auch der politische Einfluss des Bauernverbandes, der trotz des Rückganges der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 14,5 Prozent im Jahre **1960** auf nur noch 4,1 Prozent zur Jahrtausendwende einen überproportionalen Einfluss in den Eidgenössischen Räten aufrechtzuerhalten vermochte.

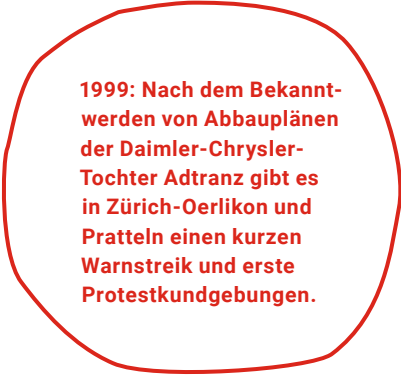
Pionierin des interprofessionellen Approachs: Entstehung der Syna

Den Anfang der Bildung von landesweiten interprofessionellen Gewerkschaften machte 1998 die Gründung der Syna. Sie war insofern speziell, als hier drei christliche Verbände mit einer bisher ausserhalb des CNG stehenden und sich selber als Dachverband betrachtenden Organisation fusionierten, dem LFSA. Fusionspartner seitens der christlichen Gewerkschaften waren CMV, CHB und Grafische Gewerkschaft.

Im folgenden Jahr schloss sich auch der Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals an. Die neue Grossgewerkschaft stellte sich unter das Dach des CNG, dessen Gesamtmitgliedschaft durch den Zustrom der ehemaligen LFSA-Mitglieder wieder auf etwa 105'000 anstieg.

Ihre Feuertaufe erlebte die Syna mit dem Adtranz-Konflikt. Nach dem Bekanntwerden von Abbauplänen der Daimler-Chrysler-Tochter **1999** gab es an den Schweizer Produktionsstätten in Zürich-Oerlikon und Pratteln einen kurzen Warnstreik und erste Protestkundgebungen. Kurz darauf wurde publik, dass der Standort Oerlikon mit 235 Stellen stillgelegt werden und am rentabel arbeitenden Standort

Pratteln 90 Prozent der 525 Arbeitsplätze abgebaut werden sollten. SMUV, Syna, VSAM und SKV gaben daraufhin bekannt, sie fühlten sich nicht mehr an die Friedenspflicht gebunden. Anfang **2000** gab es weitere Demonstrationen und eine an den Bundesrat sowie die Kantonsregierungen von Zürich und Baselland gerichtete Petition, die von 27'000 Menschen unterzeichnet wurde. Vor dem Hintergrund dieser Proteste gründete die Adtranz-Konzernleitung die Auffanggesellschaft Railcor, um einen noch grösseren Imageverlust zu vermeiden. Im August **2000** übernahm der kanadische Bombardier-Konzern die gesamte Bahntechnik von Adtranz samt Railcor. Damit waren die Arbeitsplätze in Pratteln gerettet – allerdings nicht für lange. **2005** wurde der Produktionsstandort Pratteln unter Protesten der Gewerkschaften geschlossen. Oerlikon wurde zu einem Entwicklungsstandort. **2021** verkaufte Bombardier dann den Teilkonzern mit den Schweizer Standorten Zürich und Villeneuve an den französischen Konkurrenten Alstom.



1999: Nach dem Bekanntwerden von Abbauplänen der Daimler-Chrysler-Tochter Adtranz gibt es in Zürich-Oerlikon und Pratteln einen kurzen Warnstreik und erste Protestkundgebungen.

Das Modell der interprofessionellen Gewerkschaften machte rasch Schule. Bereits **1999** schlossen sich drei christliche Verbände des öffentlichen Dienstes zur Gewerkschaft transfair mit 17'000 Mitgliedern zusammen. Im SGB fusionierten **1998** die Gewerkschaft Druck und Papier (GDP), der Lithografenbund und die Journalisten-Union zur Comedia. Diese wiederum schloss sich **2010** mit der



Syna-Mitglied bei einer Demonstration auf dem Bundesplatz, 1999

Gewerkschaft Kommunikation zu syndicom zusammen. **2004** erfolgte die Fusion des SMUV, der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), der unia, der Genfer Gewerkschaft actions und der Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL) zur UNIA, die mit 203'000 Mitgliedern grösste Schweizer Gewerkschaft wurde.

Das Modell der interprofessionellen Gewerkschaften machte rasch Schule. 1999 schlossen sich drei christliche Verbände des öffentlichen Dienstes zur Gewerkschaft transfair zusammen.

Die Gründung von Travail.Suisse

Die existenzielle Krise der VSA nach dem Austritt des SKV im Jahr 2000 mündete in Gespräche mit dem CNG. Bereits im September 2001 vereinbarten die beiden Dachorganisationen ein Kooperationsabkommen, anschliessend begann die Projektierung einer Fusion. Im Frühjahr 2002 brachte sich auch der SGB in die Diskussion ein und schlug eine vertiefte Zusammenarbeit der drei Dachverbände vor. Dem erteilten CNG und VSA aber eine Absage.

Als Gründe gegen eine Einheitsgewerkschaft genannt wurden der Verbandspluralismus, der Zugang zu unterschiedlichen politischen Kräften sowie Bedenken wegen eines Übergewichts der sich in der Planung befindlichen Grossgewerkschaft UNIA. Innert weniger Monate konkretisierte sich die Idee von Travail.Suisse. Am 28. Juni 2002 stellten CNG und VSA das Fusionsprojekt an einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit vor. Ein Meilenstein war am 23. November die Zustimmung der Syna-Delegierten zur Fusion.

Die offizielle Gründung von Travail.Suisse fand am 14. Dezember 2002 in Bern statt. Dem Anlass wohnten etwa 240 Delegierte bei, ausserdem zahlreiche Gäste aus Politik und Wirtschaft. Der freisinnige Volkswirtschaftsminister Bundesrat Pascal Couchepin betonte in seiner Grussbotschaft die Bedeutung der Sozialpartnerschaft. Die Delegierten wählten den bisherigen CNG-Vorsitzenden und CSP-Nationalrat Hugo Fasel zum ersten Präsidenten von Travail.Suisse. Fasel hob in seiner Rede als Grundpfeiler der Politik von Travail.Suisse Solidarität, soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und Nachhaltigkeit hervor und kündigte an: «Wir wollen mitreden, wir wollen Einfluss nehmen, wir wollen die Rechte der Arbeitnehmenden in der Schweiz politisch vertreten und durchsetzen.» Zugleich erteilte er der vom SGB favorisierten Idee der Einheitsgewerkschaft erneut eine Absage. Der

28. Juni 2002: Das Fusionsprojekt von Travail.Suisse wird an einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

SGB seinerseits gratulierte Travail.Suisse zur Gründung und bezeichnete diese als Schritt zur Überwindung der historisch bedingten Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft.

Gründungsverbände der neuen Dachorganisation waren aus der VSA die Hotel & Gastro Union, der Verband Schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinen- und Elektroindustrie (VSAM), der Verband Schweizerischer Angestelltenorganisationen der Chemischen Industrie (VSAC), der Schweizerische Laborpersonal-Verband (SLV), der Verband angestellter Drogisten und der Schweizerische Verband der Versicherungs-Inspektoren und -Agenten (SVVIA). Hinzu kamen aus dem CNG die Syna, transfair, die Organizzazione cristiano sociale ticinese (OCST), der tertiäre Sektor der Syndicats Chrétiens Interprofessionnels du Valais (SCIV), der Verband der Ungarischen Christlichen Arbeitnehmer/innen der Schweiz (VUCAS) und der Verband Christlicher Tschechischer und Slowakischer Arbeitnehmer/innen der Schweiz (VCTSA). Am 1. Januar 2003 nahm Travail.Suisse die Arbeit auf.

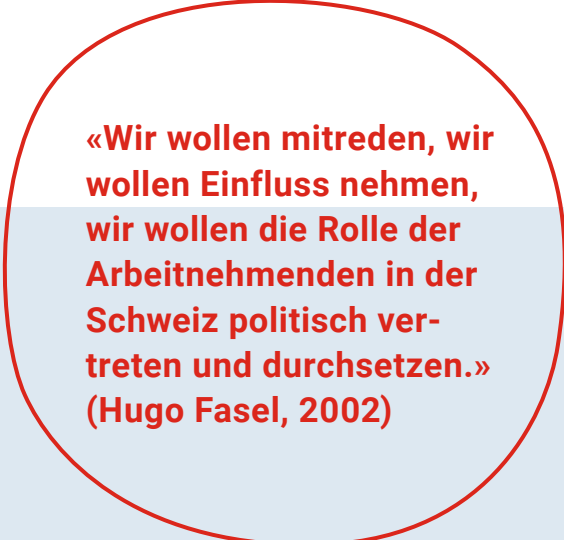
**14. Dezember 2002:
Offizielle Gründung von
Travail.Suisse in Bern.**

**240 Delegierte
und zahlreiche
Gäste aus Politik
und Wirtschaft
sind dabei.**

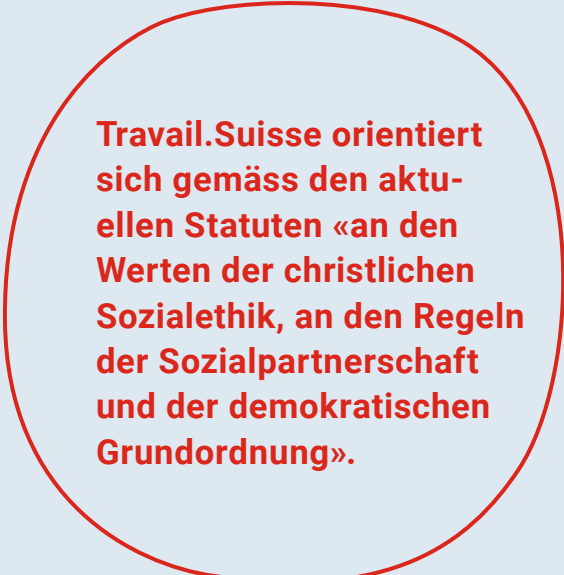
**1. Januar 2003: Travail.Suisse
nimmt die Arbeit auf.**



Eröffnung der Travail.Suisse-Gründungsversammlung in Bern am 14. Dezember 2002



**«Wir wollen mitreden, wir wollen Einfluss nehmen, wir wollen die Rolle der Arbeitnehmenden in der Schweiz politisch vertreten und durchsetzen.»
(Hugo Fasel, 2002)**



Travail.Suisse orientiert sich gemäss den aktuellen Statuten «an den Werten der christlichen Sozialethik, an den Regeln der Sozialpartnerschaft und der demokratischen Grundordnung».

Die ersten 20 Jahre Travail.Suisse



Der spätere Travail.Suisse-Präsident Martin Flügel (l.) mit dem damaligen Präsidenten Hugo Fasel (r.) und dessen Ehefrau Sonja bei der Einreichung der Volksinitiative für fairere Kinderzulagen, 2003

Werte, Ziele, Struktur

Travail.Suisse orientiert sich gemäss den aktuellen Statuten «an den Werten der christlichen Sozialethik, an den Regeln der Sozialpartnerschaft und der demokratischen Grundordnung», positioniert sich «als eine von politischen Parteien und Konfessionen unabhängige Dachorganisation» und gewährleistet die Vertretung «eines pluralistischen Spektrums von politischen, sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Arbeitnehmer/innen».

Diese Werte und Ziele finden sich seit der Gründung in der Programmatik des Dachverbandes. In den letzten Jahren wurde die strategische Schärfung des Profils von Travail.Suisse intensiviert. Anfang 2021 genehmigte der Vorstand an einer Klausur die von einer «Arbeitsgruppe Strategie» erarbeiteten Themen mit Zielen und Massnahmen. Dabei wurden vier zentrale Schwerpunkte gesetzt: Travail.Suisse setzt sich besonders ein für gute Arbeit, soziale Sicherheit, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Privatleben und für Bildung.

Diese vier zentralen Schwerpunkte und einige weitere, aus den übergreifenden Werten abgeleitete Handlungsbereiche sind seit der Verbandsgründung Gegenstand verschiedenster Aktivitäten von Travail.Suisse und seiner Mitgliedsorganisationen. Das Thema «Arbeit» stand etwa im Zentrum des Kongresses von 2007, an dem dazu ein Basisdokument verabschiedet wurde. Die zentralen Fragen «Wozu arbeiten wir? Wozu dienen Wirtschaft und wirtschaftlicher Erfolg?» wurden dabei folgendermassen beantwortet: «Es geht um die Verbesserung der Lebensqualität für alle!» Zwei Jahre darauf war das inhaltliche Kongressthema «Wert der Arbeit». Auf einer praktischeren Ebene erstellte Travail.Suisse von 2005 bis 2019 jährliche Studien zu den Löhnen von Geschäftsleitungs- und Verwaltungsratsmitgliedern und belegte darin die relative Wirkungslosigkeit der 2013 von Volk und

Ständen angenommenen Abzockerinitiative. 2015 führte Travail.Suisse mit dem jährlichen «Barometer Gute Arbeit» ein neues Instrument zur Messung der Arbeitsbedingungen in der Schweiz ein. Zum Engagement für faire Arbeitsbedingungen gehört auch die Würdigung unbezahlter Care-Arbeit. Im Frühling 2018 gründete Travail.Suisse zusammen mit dem Schweizerischen Roten Kreuz, der Krebsliga Schweiz, Pro Infirmis und Pro Senectute die nationale Interessengemeinschaft Angehörigenbetreuung (IGAB), deren Geschäftsstelle von Travail.Suisse betreut wird.

Auch die Themen soziale Sicherheit, Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Privatleben und Bildung waren verschiedentlich Gegenstand von Travail.Suisse-Kongressen, Kampagnen und nicht zuletzt auch von parlamentarischen Vorstössen und Volksinitiativen. Am Verbandskongress 2011 beschlossen die Delegierten «10 Thesen zur Demografie», die der Panikmache um die Altersvorsorge entgegensteuerten und die Aufmerksamkeit auf den zukünftigen Arbeitskräftemangel als Hauptproblem der Demografie lenkten. Die Thesen fanden hohe Beachtung und trugen dazu bei, dass der Bundesrat eine Fachkräfteinitiative startete, an der sich auch Travail.Suisse beteiligte.

Travail.Suisse hat auch in der Bildungspolitik Spuren hinterlassen. Anfang der 2010er Jahre machten



Studien in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule die Kosten und das Potential der Nachholbildung zum Thema. Damit gab Travail.Suisse den Anstoss für die Auseinandersetzung und Entwicklung der Berufsbildung für Erwachsene.

Weitere zentrale Themen der Arbeit von Travail.Suisse waren und sind Ökologie, Migration und die Europapolitik. Seit der Gründung hat Travail.Suisse stets auf die Verknüpfung von Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik gepocht. Bereits 2003 wies der Verband auf die Notwendigkeit der Einführung einer CO₂-Abgabe hin und bezweifelte zu Recht, dass sich die Reduktionsziele der klimaschädlichen Treibhausgase allein mit freiwilligen Massnahmen erzielen lassen. 2007 war die Energiepolitik inhaltlicher Schwerpunkt der Delegiertenversammlung, die in einer Resolution die 2000-Watt-Gesellschaft, massive Investitionen in Energiesparmassnahmen und die Förderung erneuerbarer Energien forderte. 2021 legte Travail.Suisse den Aktionsplan «Ein neuer ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz» mit über zwanzig Forderungen vor, der die Verbindung von «Green Deal» und «Social Deal» im Sinne des im Pariser Klimaabkommen enthaltenen Konzepts der «Just Transition» postuliert.

In der Migrationspolitik setzt sich Travail.Suisse seit der Gründung gegen Diskriminierung und für bessere Integration ein. Bereits 2004 wurde ein

Nichtdiskriminierungsprojekt lanciert, das Unterstützung durch die Fachstelle für Rassismusbekämpfung fand. Im selben Jahr wurden eine Tagung zur Sensibilisierung der Mitgliedsorganisationen von Travail.Suisse für diese Thematik organisiert und das Praxishandbuch «Diskriminierung am Arbeitsplatz verhindern» veröffentlicht. Letzteres löste ein grosses Echo aus und wurde von zahlreichen Berufsverbänden, Unternehmen, Personalverantwortlichen und Privatpersonen bestellt. 2008 lancierte Travail.Suisse das Projekt «Zukunft statt Herkunft». Kernstück war eine Website, die es Lehrbetrieben niederschwellig ermöglicht, eine nichtdiskriminierende Selektion von Lernenden sicherzustellen. Im selben Jahr engagierte sich Travail.Suisse stark in der Kampagne gegen eine SVP-Initiative mit dem irreführenden Titel «für demokratische Einbürgerungen», die vom Stimmvolk mit 63,7 Prozent Nein verworfen wurde.

In der Europapolitik unterstützt Travail.Suisse den bilateralen Weg, verwies aber auch immer wieder auf dessen Grenzen und setzte sich insbesondere für die Flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr ein. Die Verbände von Travail.Suisse waren von Beginn weg in zahlreichen tripartiten Kommissionen zur Überwachung der Flankierenden Massnahmen und Missbrauchsbekämpfung bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeitskräfte vertreten. In der Abstimmung über die

Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedsländer Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slovenien, Estland, Lettland, Litauen, Zypern und Malta im Jahre 2005 engagierte sich Travail.Suisse stark für ein Ja und betonte dabei, dass die zusätzlichen Flankierenden Massnahmen die Gefahr von Lohn- und Sozialdumping bannen können. Knapp 56 Prozent der Stimmenden folgten dieser Parole. 2010 wies Travail.Suisse auf die Grenzen des bilateralen Weges hin und forderte eine Lösung im Stil des 1992 knapp verworfenen EWR. In den ab 2014 laufenden und 2021 vom Bundesrat abgebrochenen Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU lehnte Travail.Suisse zusammen mit dem SGB eine Aufweichung der Flankierenden Massnahmen, wie sie von rechtsbürgerlichen Kreisen erhofft wurde, strikte ab, betonte aber die Wichtigkeit einer Weiterführung der bilateralen Verträge und kämpfte gegen die Kündigungsinitiative der SVP, die 2020 von fast 60 Prozent der Stimmenden bachab geschickt wurde.

Die Verbandsstruktur hat sich seit der Gründung von Travail.Suisse nicht wesentlich geändert, personell aber stetig erneuert. Gründungspräsident Hugo Fasel blieb bis 2008 im Amt. Seine Nachfolge trat Martin Flügel an, der zuvor in der Geschäftsleitung das Ressort Sozialpolitik betreut hatte. Auf Flügel folgte 2015 Adrian Wüthrich. Die Geschäftsleitung mit den politischen und administrativen Ressorts zeichnet sich seit der Verbandsgründung durch Stabilität und Kompetenz aus. Auch der Vorstand mit den Vertretungen der Mitgliedsorganisationen und Regionen hat sich kontinuierlich erneuert. Die Jugendarbeit wurde 2012/13 gestärkt und auf eine neue organisatorische Basis gestellt. Am 12. Oktober 2013 fand der erste nationale Jugendrat von Jeunesse.Suisse statt. Vom CNG übernommen wurden bei der Verbandsgründung das Bildungsinstitut ARC und das Hilfswerk Brücke – Le Pont. Ebenso führt Travail.Suisse die CNG-Mitgliedschaften in der Union der Christlichsozialen und im Europäischen Gewerkschaftsbund sowie die Mitarbeit in diversen eidgenössischen Kommissionen und Gremien fort.



Adrian Wüthrich und Arno Kerst nehmen an den Konsultationen zwischen dem Bundesrat und den Gewerkschaften betreffend das EU-Rahmenabkommen teil, 13. März 2019

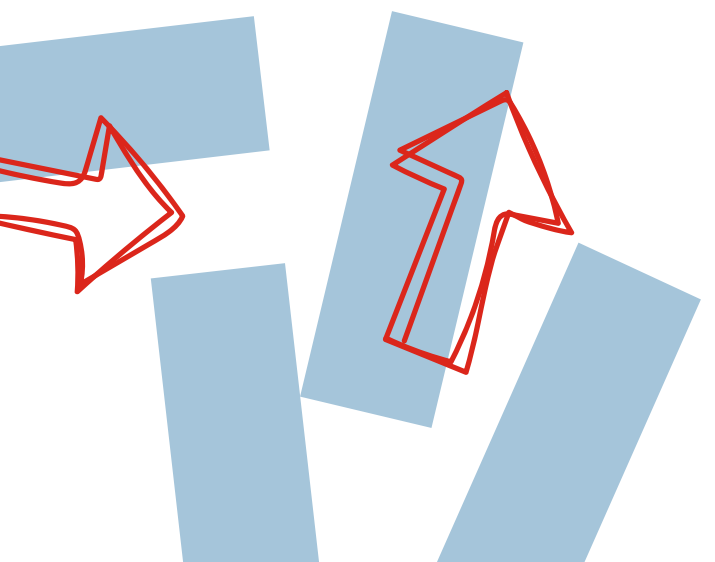
2013 findet der erste nationale Jugendrat von Jeunesse.Suisse statt.

Mitgliedsverbände

Seit der Fusion von 2002 hat es bei den Mitgliedsverbänden von Travail.Suisse verschiedene Veränderungen gegeben. Wie schon vor dem Zusammenschluss von CNG und VSA waren diese bei den Angestelltenorganisationen grösser als bei den christlichen Gewerkschaften.

Bereits 2003 trat die im Jahr zuvor gegründete Association d'assistants en information documentaire (AAID) dem Dachverband bei, blieb aber nur bis 2010 Mitglied. 2004 löste sich der VCTSA auf und trat der Verband der Versicherungs-Inspektoren und -Agenten (SVVIA) aus dem Dachverband aus. 2005 trat der Verband der Fachhochschuldozierenden (fh-ch) Travail.Suisse bei. Im selben Jahr schloss sich der SLV dem VSAC an und fusionierten VSAM und VSAC zur Dachorganisation Angestellte Schweiz. Diese verliess Ende 2012 Travail.Suisse, die dadurch 13 Prozent der Mitglieder einbüsste. Auslöser waren das von manchen Mitgliedern der Angestellten Schweiz in Kaderpositionen nicht mitgetragene Engagement von Travail.Suisse für Mindestlöhne und sechs Wochen Ferien sowie der Wunsch der Angestellten Schweiz,

sich angesichts sinkender Mitgliederzahlen neu als «Standesorganisation des Mittelstandes» zu profilieren. Von den Mitgliedsverbänden der Angestellten Schweiz schlossen sich aber 2013 der Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft (VPE) und im folgenden Jahr die Angestelltenvereinigung AV Angestellte ABB (AV ABB) Travail.Suisse wieder an. Der Personalverband der Bundeskriminalpolizei wurde 2007 Travail.Suisse-Mitglied, trat aber bereits 2012 wieder aus. Berufsbildung Schweiz, die Konferenz der Höheren Fachschulen und der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter schlossen 2007 Zusammenarbeitsverträge mit Travail.Suisse ab. Die Association romande des logopédistes diplômés (ARLD) trat 2008 dem Dachverband bei, 2017 aber wieder aus.



2012: Die Dachorganisation Angestellte Schweiz verlässt Travail.Suisse.

Von den grossen überregionalen Verbänden verloren die Syna 11,3 Prozent und transfair 33 Prozent der Mitglieder, während die Hotel & Gastro Union stabil blieb.

Entwicklung der Mitgliedschaft von Travail.Suisse

Insgesamt ging die Mitgliederzahl von Travail.Suisse von der Gründung bis 2022 um 17,9 Prozent zurück.

Zum grösseren Teil war dies den Veränderungen bei den Mitgliedsverbänden (insbesondere dem Austritt von Angestellte Schweiz) geschuldet, nicht den zum Teil rückläufigen Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände. Betrachtet man lediglich die Verbände, die Travail.Suisse während der ganzen Zeit angehör-

ten, so verringert sich der Mitgliederrückgang auf knapp 6 Prozent. In derselben Zeitspanne verlor der SGB 19 Prozent seiner Mitglieder, der KV Schweiz sogar 30 Prozent. Von den permanenten Travail.Suisse-Verbänden stand die OCST mit 5 Prozent Mitgliederzuwachs auf der Gewinnerseite. Die Zahl der SCIV-Mitglieder in Travail.Suisse stieg gar um 59,8 Prozent, der Zuwachs ist aber auf den Umstand zurückzuführen, dass bis 2013 nur der tertiäre Sektor der SCIV dem Dachverband angehörte, seither die ganze Organisation. Von den grossen überregionalen Verbänden verloren die Syna 11,3 Prozent und transfair 33 Prozent der Mitglieder, während die Hotel & Gastro Union stabil blieb.

	2003	2005	2010	2015	2020	2022
Syna	62'491	60'525	61'830	60'022	57'680	55'414
OCST	37'231	37'078	37'542	41'603	41'135	38'956
Angestellte Schweiz			22'660			
Hotel & Gastro Union	17'872	17'379	21'538	20'374	18'139	16'875
VSAM	17'569	17'682				
transfair	15'477	14'765	12'674	12'328	10'142	10'385
SCIV	6'442	6'487	5'596	12'086	10'473	10'292
VSAC	5'130	6'743				
AV ABB				2'217	1'397	1'213
VPE				1'002	1'010	1'020
fh-ch			1'073	1'176	922	545
SLV	1'003					
ARLD			780	885		
Personalverband fedpol			287			
Angestellte Drogisten Schweiz	443	294	200	204	149	144
VUCAS	270	206	180	72	44	36
SVVIA	227					
VCTSA	112					
AAID	32	38	46			
Total	164'299	161'197	164'406	151'960	143'298	134'880

1901: Gründung des
Christlichen Holz-
arbeiterverbands

1905: Gründung des
Christlichen Metall-
arbeiterverbands

Syna – die Gewerkschaft

Die Vorläufer der 1998 aus einer Fusion von CHB, CMV, SGG und LFSA entstandenen Syna hatten ihre Wurzeln im frühen 20. Jahrhundert.

Der Christliche Holzarbeiterverband war bereits **1901** entstanden, fünf Jahre später der Christlich-soziale Zentralverband der Maurer, Stein- und Erdarbeiter sowie der Christlichsoziale Verband der Maler und verwandter Berufe. **1933** fusionierten

diese Verbände und nahmen vier Jahre darauf den Namen Christlicher Holz- und Bauarbeiterverband an. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte der CHB einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs und wurde zum grössten CNG-Verband. Der Christliche Metallarbeiter-Verband wurde **1905** gegründet. Er war anfangs vor allem in der Ostschweiz tätig und fasste ab **1916** auch im Wallis Fuss. Von den **1920er** bis Mitte der **1970er-Jahre** erlebte der Verband ein kontinuierliches Wachstum in verschiedenen Regionen der Schweiz. Im späten 20. Jahrhundert



Bauarbeiterdemonstration für mehr Lohn kurz nach der Syna-Gründung, ca. 2000

**1908: Gründung
der Schweizerischen
Buchdruckergerwer-
schaft**

**1919: Gründung des
Landesverbands freier
Schweizer Arbeiter (LFSA)**

schlossen sich ihm **1992** der Christliche Transport-, Handels- und Lebensmittelpersonalverband (CTHL), **1993** der SVEA und **1994** der Christliche Chemie-Textil-Bekleidungs-Papier-Personalverband (CTB) an. Die Schweizerische Graphische Gewerkschaft war als Schweizerische Buchdruckergerwerkschaft **1908** gegründet worden und hatte **1965** nach einer Fusion mit dem Schweizerischen Verband christlicher Buchbinder den späteren Namen erhalten. Der **1919** gegründete LFSA hatte bis zur Fusion von **1998** ausserhalb des CNG ge-

standen. Bis zum Zweiten Weltkrieg hatte er weniger als 10'000 Mitglieder, dann waren seine Mitgliederzahlen angestiegen und erreichten **1983** mit 23'000 Personen den Höchststand. Bis zur Mitte der **1990er-Jahre** gingen sie auf unter 20'000 zurück. **1999** schloss sich auch noch der **1922** entstandene Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals der Syna an. **2002** wurde der Verein kirchlicher Religionsunterricht (VKRU), der etwa 80 Katechetinnen und Katecheten umfasst, Kollektivmitglied der Syna.



jetzt streikts!

FRAUENSTREIK

14.6.19

syna

WWW.SYNA.CH/FRAUENSTREIK

Aufruf der Syna zum zweiten Frauenstreik, 2019

Der neue Verband bemühte sich als erste landesweit tätige interprofessionelle Gewerkschaft darum, seine traditionellen Schwerpunktbranchen zu halten, insbesondere im Baugewerbe, wo es regelmässig zu Arbeitskonflikten kam, und der Industrie. Zugleich sollten neue Dienstleistungsbereiche erschlossen werden. Besonders der Detailhandel erwies sich aber als hartes Pflaster. **2003** wurde die Syna Vertragspartnerin der Migros, die im folgenden Jahr die Zusammenarbeit mit der UNIA aufkündigte. **2006** stieg die Syna aus dem GAV angesichts der fehlenden Verhandlungsbereitschaft der Migros wieder aus. In der Folge beteiligten sich am Migros-GAV nur noch der KV Schweiz und der Metzgereipersonal-Verband. Der Anteil des dem GAV unterstellten Migros-Personals ging sukzessive auf knapp die Hälfte zurück. Mit der Expansion deutscher Discounter in die Schweiz drohte eine Abwärtsspirale in den Arbeitsbedingungen im Detailhandel. Die Syna richtete daraufhin **2005** eine Hotline für das Aldi-Personal ein, **2012** zusammen mit dem KV Schweiz für das Lidl-Personal. **2009** erlangte die Syna den ersten GAV im Kioskwesen. Der Vertrag mit Valora brachte höhere Mindestlöhne und mehr Ferien. **2016** brach diese Kooperation aber zusammen. **2015** schlossen Syna und UNIA nach langwierigen Verhandlungen mit dem Verband der Tankstellenshop-Betreiber den ersten GAV für die Beschäftigten der etwa 1'300 Tankstellenshops ab. Das gleichzeitige Engagement in traditionellen gewerkschaftlichen Hochburgen und neu zu erschliessenden Sektoren zeigte sich am 30. Oktober **2021**, als die Syna am selben Tag zwei Demonstrationen für faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchführte, eine der Bauarbeiter in Zürich und eine des Gesundheitspersonals in Bern. Mehrfach standen aber auch die Arbeitsbedingungen und Leitungsstrukturen in der Gewerkschaft selber im medialen Rampenlicht, so **2006** mit dem vorzeitigen Rücktritt des Präsidenten, **2010** im Zusammenhang mit mehreren Personalkonflikten und einem Stellenabbau und **2022** angesichts eines Konflikts zwischen Vorstand und Geschäftsleitung.

Neben der Erschliessung neuer Branchen war und ist auch der Fokus auf den von den Gewerkschaften unterschiedlicher Weltanschauung lange vernachlässigten, häufig mehrfach diskriminierten Gruppen der Migrantinnen und Migranten sowie generell der Frauen wichtig. Bereits kurz nach der Verbandsgründung fand im November **1998** die erste Migranten-Konferenz der Syna statt. Die Gleichstellungspolitik in Bezug auf die Arbeitswelt und darüber hinaus ist seit der Gründung der Syna ebenfalls eine Konstante. Öffentlichkeitswirksam vertreten wurde sie etwa aus Anlass verschiedener Gleichstellungsjubiläen im Jahre **2011**, als die Syna während zweier Wochen alle E-Boards der Schweizer Bahnhöfe mit einem Gleichstellungslogan bespielte. **2019** unterstützte sie den Frauenstreik und **2021** führte sie eine nationale Gleichstellungskampagne durch mit dem Motto «Ich steh auf! Du auch?». Auf der politischen Ebene engagierte sich die Syna im Einklang mit Travail.Suisse vor allem im Zusammenhang mit sozial-, arbeits- und familienpolitischen Vorlagen. Neben dem Kampf für realpolitische Initiativen und gegen Sozialabbauprojekte stand dabei der visionäre Einsatz für ein garantiertes minimales Grundeinkommen für alle, der am Syna-Kongress **2010** in einer Resolution mit 143 gegen 102 Stimmen beschlossen wurde.

Die Gleichstellungspolitik in Bezug auf die Arbeitswelt und darüber hinaus ist seit der Gründung der Syna eine Konstante.

Organizzazione cristiano-sociale ticinese (OCST)

Die OCST ist mit heute über 38'000 Mitgliedern die grösste Gewerkschaftsorganisation der italienischen Schweiz. Sie erfasst schwerpunktmässig Baugewerbe, Metallindustrie, Bekleidungs- und Schuhindustrie, Gesundheitswesen, Dienstleistungssektor, öffentlichen Dienst, Verkauf, Hotellerie und Gastronomie. Die Anfänge der OCST reichen zurück in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als im Tessin die ersten katholischen Arbeitervereine entstanden.

Kurz nach dem Landesstreik, der südlich des Gottards eher schwach befolgt wurde, erfolgte **1919** die Gründung der OCST. In den **1920er-Jahre** hatte der Verband einen starken Selbsthilfe-Charakter. Dann erfolgte unter dem Einfluss des Priesters Don Luigi Del Pietro, der die OCST fast ein halbes Jahrhundert lang von **1929** bis zu seinem Tod **1977** als Sekretär leitete, eine stärkere Ausrichtung an der katholischen Soziallehre. Bis Ende der Zwischenkriegszeit zog die OCST mitgliedermässig gleich mit den sozialistischen Gewerkschaften, die aus der **1902** gegründeten «Camera del lavoro» hervorgegangen waren.

Mit dem Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit stiegen die Mitgliederzahlen weiter an. Die gewerkschaftlichen Dienstleistungen konnten ausgebaut und regional besser verankert werden und die OCST wurde Partnerin zahlreicher GAV. Die zunehmende Einwanderung aus Italien hatte auch Auswirkungen auf die Tessiner Gewerkschaftslandschaft. Im Stahlwerk Monteforno in Bodio etwa stammte zu Beginn der **1970er-Jahre** die Mehrheit der knapp 1'000 Beschäftigten aus dem südlichen Nachbarland. Tendenziell waren dabei Schweizer und Norditaliener bei der Mehrheitsgewerkschaft SMUV organisiert, die später eingewanderten Süditaliener und Sarden dagegen bei der OCST, die **1970** bis **1972** in drei «wilde» Streikaktionen bei Monteforno involviert war. Die hauptsächlich gegen die italienische Einwanderung gerichtete Schwar-

zenbach-Initiative verwarf das Tessin **1970** deutlicher als der Rest des Landes (63,7 Prozent Nein, Schweiz: 54 Prozent Nein). In den frühen **1980er-Jahren** wurde die OCST wichtigste Anlaufstelle für Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Sie arbeitete dabei mit der Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori (CISL) zusammen, dem zweitgrössten Gewerkschaftsdachverband Italiens.

Die Wirtschaftskrise der **1990er-Jahre** traf das Tessin besonders hart. Verschiedene Industriebetriebe gerieten in die Krise und zeitweise gab es im Kanton über 15'000 Arbeitslose. Sinnbildliches Ereignis war **1994** die Schliessung von Monteforno. Aus Protest sperrten die Monteforno-Arbeiter unterstützt von OCST und SMUV am 21. Februar **1995** die Gotthardlinie während fast zwei Stunden. Die OCST reagierte auf die Krise mit der Formulierung neuer gewerkschaftlicher Strategien auf den Kongressen von **1991** und **1996** und kämpfte hinfert verstärkt gegen Deregulierung und soziale Ausgrenzung sowie für eine neue Solidarität und Sozialpartnerschaft. So unterstützte sie **1994** streikende Grenzgängerinnen bei der Autozubehörfirma Autolux in Mendrisio. Mit der Krise von **2008** verschärfte sich die Arbeitsmarktsituation im Tieflohnkanton Tessin erneut.

Die Grenzgängerinnen und Grenzgänger, oftmals Opfer von Lohn- und Sozialdumping, wurden dabei von Teilen der Tessiner Öffentlichkeit zu Sündenböcken gestempelt. Dies hatte auch Auswirkungen auf das Stimmverhalten: In den Abstimmungen von **1992**, **2000**, **2005**, **2009**, **2014** und **2020** war die Befürwortung der Personenfreizügigkeit im Tessin jeweils um 11 bis 26 Prozent geringer als in der gesamten Schweiz. Die OCST als Interessenvertreterin der Arbeitnehmerinnen und -nehmer unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus bemühte sich dabei, den rechtspopulistischen Keil in ihre Basis abzuwehren und gegen Arbeitgebermissbräuche bei der Personenfreizügigkeit anzukämpfen. **2008** forderte sie die Erstellung eines Berichts zu den Arbeitsverhältnissen auf Tessiner Baustellen, wo oft weit unter dem vertraglichen Minimum liegende Stundenlöhne von 9 bis 12 Fran-

2016: OCST-Kongress unter dem Motto «Per un'economia che valorizzi il lavoro.»

2008: Die OCST fordert einen Bericht des Bundesrats zu den Arbeitsverhältnissen auf Tessiner Baustellen.

ken bezahlt wurden, sowie eine Überprüfung des öffentlichen Beschaffungswesens im Baubereich. Der Bundesrat lehnte dies aber ab. **2015** führte eine Anzeige der OCST zur Verhaftung eines Bauunternehmers, der Dumpinglöhne bezahlt hatte. **2022** klagten OCST und UNIA erfolgreich gegen den Versuch industrieller Arbeitgeber, mithilfe der von der Lega dei Ticinesi geförderten Pseudogewerkschaft TiSin die per Volksinitiative eingeführten kantonalen Mindestlöhne zu unterlaufen. Aber auch gegenüber der kantonalen Politik setzte sich die OCST für bessere Arbeitsbedingungen und gegen Abbau-tendenzen ein. So organisierte sie **2003** zusammen

mit mehreren SGB-Gewerkschaften, dem Konsumentenverband und der Schülerbewegung einen Protesttag gegen geplante Sparmassnahmen. Der OCST-Kongress **2016** mit dem Motto «Per un'economia che valorizzi il lavoro» bekräftigte die Strategie, die Mittel des Dialogs wenn nötig mit Mobilisierung und Kampf zu kombinieren.

2022: Erfolgreiche Klage von OCST und UNIA gegen den Versuch, die kantonalen Mindestlöhne zu unterlaufen.



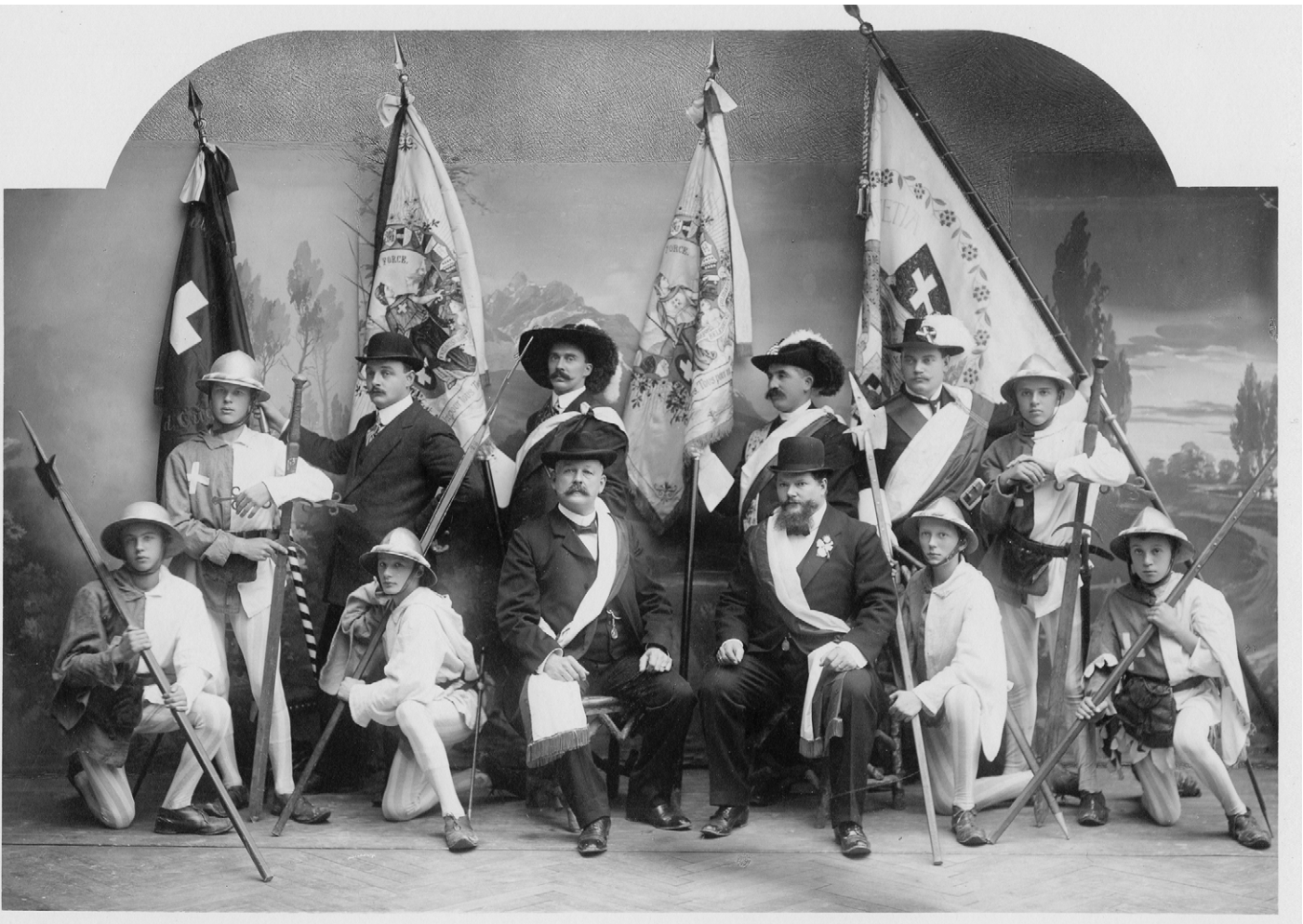
Blockade der Gotthardstrecke durch Monteforno-Arbeiter am 21. Februar 1995

Hotel & Gastro Union

Die Organisation wurde am 6. Oktober 1886 in Luzern als «Winkelried-Verein – Hilfs-Verein der schweizerischen Hôtelangestellten» gegründet und änderte im folgenden Jahr den Namen in «Union Helvetia».

Seit 2000 trägt sie den heutigen Namen und besteht aus fünf Berufsorganisationen: Schweizerischer Kochverband, Berufsverband Service – Restauration, Berufsverband Hotellerie & Hauswirtschaft,

Berufsverband Hotel – Administration & Management und seit 2009 durch Aufnahme einer 1906 gegründeten, zuvor selbständigen Organisation Berufsverband Bäckerei & Confiserie. Gründungszweck des Verbandes war die «geistige und moralische Hebung und Veredelung der Standesgenossen durch gegenseitige Belehrung». Die Gründung erfolgte in der goldenen Zeit des Schweizer Tourismus, die von etwa 1880 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs dauerte. Damals kamen jährlich Hunderttausende ausländischer Gäste in die luxuriösen Grand-Hotels, insbesondere Adlige und



Theaterinszenierung zum 25-Jahre-Jubiläum der Union Helvetia, 1911

Grossbürger aus Grossbritannien, dem Deutschen Reich, Frankreich und dem russländischen Zarenreich. Die Zahl der Hotels in der Schweiz verdoppelte sich in dieser Zeit auf über 3'500. Die Verbandsgründung war eine Reaktion auf Versuche internationaler Berufsverbände, den schweizerischen Arbeitsmarkt für gastgewerbliches Berufspersonal zu erschliessen. Umgekehrt führte die internationale Mobilität des Hotelpersonals, welche durch die bis zum Ersten Weltkrieg herrschende weitgehende Personenfreizügigkeit begünstigt wurde, dazu, dass die Union Helvetia ihrerseits Stützpunkte im Ausland errichtete. Bereits 1890 wurde die Organisation in drei sich selbst verwal- tende Landesverbände gegliedert: Schweiz, Frank- reich (bis 1911) und Grossbritannien (bis 1959). Später kamen noch Sektionen in den USA und Ka- nada hinzu (bis 1964).

Anfänglich war der Verband ausgesprochen ar- beitgeberfreundlich und konzentrierte sich auf Stellenvermittlung sowie Selbsthilfe durch Versi- cherungs- und Hilfskassen. 1909 gründete er die Schweizerische Hotelfachschule in Luzern, die in ihrem ersten Jahrgang bereits 164 Lernende auf- nahm. Für das Prüfungswesen wurde eine paritätische Fachkommission ins Leben gerufen, aus der später die Schweizerische Fachkommission für Be- rufsbildung im Gastgewerbe hervorging.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ers- ten Weltkriegs rückten dann die Bedeutung der Organisation als kollektiver Interessenverband der gastgewerblichen Angestellten stärker in den Vor- dergrund. 1919 wurden die Verbandsgrundsätze in diesem Sinne neu formuliert, der Name ergänzt durch «Zentralverband der schweizerischen Ho- tel- und Restaurantangestellten» und Berufskom- missionen geschaffen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg dann zu Berufsverbänden entwickel- ten. Ausserdem wurde die Mitgliedschaft neu für Frauen, Ausländer und Unqualifizierte geöffnet. 1919 bis 1921 war der Verband Vertragspartner im ersten landesweiten GAV für Angestellte. Danach herrschte in der Hotel- und Gastronomiebranche jahrzehntelang ein vertragsloser Zustand. Ab 1947

gab es immerhin einen «Mehrstädte-GAV» für Zü- rich, Basel, Bern und Lausanne, der 1954 durch einen Mehrregionen-GAV ergänzt wurde. Erst 1974 erfolgte die Unterzeichnung eines Landes-GAV für das Gastgewerbe.

Die Verbandsgründung erfolgte in der goldenen Zeit des Schweizer Tourismus.

1919: Öffnung der Mit- gliedschaft für Frauen, Ausländer:innen und Unqualifizierte.

1947: Unterzeichnung eines Landes-GAV für das Gastgewerbe.

Syndicats Chrétiens Interprofessionnels du Valais (SCIV)

Die SCIV als grösste Gewerkschaftsorganisation im französischsprachigen Wallis umfassen heute über 10'000 Arbeitnehmerinnen und -nehmer unterschiedlichster Branchen. Seit ihren Anfängen nimmt in ihren Aktivitäten neben der Arbeitswelt die Familienpolitik eine zentrale Position ein.

Mehrfach haben die SCIV mit kantonalen Initiativen in diesem Bereich Verbesserungen herbeigeführt, zuletzt 2022. Die Gründung der Organisation erfolgte am 9. Juni 1929. Zu jenem Zeitpunkt arbeitete die Mehrheit der erwerbstätigen Walliser Bevölkerung noch in der Landwirtschaft. Bereits um die Jahrhundertwende war die industrielle Moderne aber auch im Wallis eingebrochen. Grosse Fabriken liessen sich an Wasserläufen nieder und bauten Elektrizitätswerke. Insbesondere siedelten sich um 1900 Betriebe der chemischen Industrie (Lonza, Ciba) und der Metallindustrie (Alusuisse) im Wallis an und schufen industrielle Arbeitsplätze. Zugleich führten Tourismus und Alpinismus zum Aufschwung der Hotellerie. Mit den Arbeitsbeziehungen des neuen Zeitalters kam das Wallis auch während dem Bau des Simplontunnels in Kontakt. Die hauptsächlich italienischen Bauarbeiter traten 1899 und 1901 in den Streik.

Allmählich entstanden Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, so schon im späten 19. Jahrhundert Grüttilvereine, 1906 eine Eisenbahner- und eine Maurergewerkschaft und 1919 dann die Arbeiterunion Wallis und die kantonale SP. In Konkurrenz zu diesen «roten» bildeten sich im katholischen Stammland Wallis «schwarze» Arbeiterorganisationen. Der Tunnelarbeiterstreik von 1901 zog die Gründung einer Missione cattolica italiana im Wallis nach sich. Von Einheimischen wurden verschiedene christlichsoziale Organisationen aus der Taufe gehoben, etwa lokale Raiffeisen- und Hilfskassen sowie Arbeitervereine, und 1905

entstand die Union ouvrière des travailleurs catholiques. 1916 wurden in den Lonza-Werken und bei Alusuisse christlichsoziale Gewerkschaftsgruppen gegründet. Diejenige bei Alusuisse löste sich nach einem Streik im folgenden Jahr aber wieder auf.

Ab 1918 entstanden dann katholische Gewerkschaftsgruppen in verschiedenen Teilen des Kantons. Im deutschsprachigen Kantonsteil schlossen sie sich 1919 zum Christlichsozialen Kartell des Oberwallis zusammen, im französischsprachigen Kantonsteil zehn Jahre später zur Fédération valaisanne des Corporations et Syndicats Chrétiens. Nach dem Scheitern korporatistischer Bestrebungen verfolgte diese Organisation ab den späten 1930er-Jahren eine tarifvertragliche Politik. In den ersten vier Jahrzehnten war sie stark mit der Person René Jacquods verbunden, der von 1929 bis 1975 als Generalsekretär amtierte und zeitweise auch Grossrat, Nationalrat und Kantonalpräsident der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei war. Auf Jacquod folgte als zweiter Langzeit-Generalsekretär Michel Zufferey, der bis 2003 im Amt blieb und dann das Zepter an seinen Sohn Bertrand übergab. Ein erster familienpolitischer Erfolg war 1941 die Gründung der Caisse interprofessionnelle valaisanne d'allocations familiales, deren erster Direktor René Jacquod wurde. Ab 1946 wurde die Fédération Valaisanne des Syndicats Chrétiens punktuell auch im Oberwallis tätig. 1951 kam ein kantonaler Verband der christlichen Gewerkschaften zustande, dem die Präsidenten der Kartelle beider Kantonsteile angehörten. Der Strukturwandel der Nachkriegszeit vermehrte die Arbeitsplätze im industriellen Sektor und Dienstleistungsbereich und liess auch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder anwachsen. Auf ihrem Höhepunkt 1970 beschäftigte die Walliser Industrie 42 Prozent der Erwerbstätigen. Nach der Rezession Mitte der 1970er-Jahre wurde sie dann von den Dienstleistungen überflügelt.

Um die Jahrtausendwende arbeiteten im Wallis 22 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie und 74 Prozent im Dienstleistungsbereich, insbesondere im Tourismus. Der Gegensatz zwischen christlichen und «roten» Gewerkschaften hatte sich zu

2001: Landesweit beachteter Protestmarsch mit Maultieren gegen den Abbau von Poststellen.

diesem Zeitpunkt stark abgeschwächt. Beide Flügel der Gewerkschaftsbewegung sahen sich mit der neoliberalen Offensive konfrontiert und lieferten vielfältige Abwehrkämpfe. So organisierten die SCIV 1996 eine grosse Demonstration in Sitten gegen die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten und 2001 einen landesweit beachteten Protestmarsch gegen den Abbau von Poststellen, bei dem mit Postsäcken beladene Maultiere mitgeführt wurden. Angesichts der Annäherung staatlicher an privatrechtliche Beschäftigungsverhältnisse nach der Abschaffung des Beamtenstatus bemühten sich die Gewerkschaften darum, neben dem Zentralverband der Magistraten, Lehrerschaft und des

Personals des Staates Wallis (ZLMP) ebenfalls zu offiziellen Sozialpartnern des Kantons zu werden. Dies gelang 2015, als der Staatsrat die SCIV und Syna sowie den SGB-Verband des Personals Öffentlicher Dienste (VPOD) anerkannte.

2015: Walliser Staatsrat anerkennt SCIV, Syna und VPOD als Sozialpartner.



SCIV-Mitglieder an der Baudemo in Zürich, 2018

transfair

Transfair als Gewerkschaft des Service Public – namentlich in den Branchen Post/Logistik, Öffentlicher Verkehr, Öffentliche Verwaltung und ICT – entstand um die Jahrtausendwende aus dem Zusammenschluss verschiedener christlicher Verbände. Die Wurzeln der Vorläufer lagen in der Zwischenkriegszeit.

Der Verband des christlichsozialen Verkehrspersonals wurde am 1. Dezember **1918**, zwei Wochen nach dem Landesstreik, gegründet. Unmittelbarer Auslöser war der Anschluss verschiedener Eisenbahner-Berufsverbände an den SGB. **1922** wurde der Name geändert in Gewerkschaft des christlichen Verkehrspersonals (GCV). In Reaktion zum Beitritt des Verbands eidgenössischer Postangestellter zum SGB entstand im selben Jahr als Unterverband des GCV der Neutrale Verband eidgenössischer Postangestellter. Dieser änderte **1929** den Namen in Christlichnationaler Verband des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals (ChPTT) und wurde **1933** selbständig. **1929** entstand, ebenfalls zunächst als GCV-Unterverband, der Verband des christlichen Bundespersonals (VCB), welcher **1932** unabhängig wurde. **1933** bildeten diese drei Gewerkschaften zusammen mit dem Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals (VCHP) eine Dachorganisation, den Verband der Gewerkschaften des christlichen Verkehrs- und Staatspersonals (VGCV). Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich der ChPTT zum mitgliederstärksten CNG-Verband im öffentlichen Dienst. **1948** fusionierte er mit dem **1933** gegründeten Nationalen Verband christlicher Post- und Telegraphen-Beamter zum Schweizerischen Verband des christlichen PTT-Personals und umfasste nun rund ein Fünftel des organisierten PTT-Personals.

In der Krisenphase der **1990er-Jahre** hatten auch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit Mitgliederschwund zu kämpfen. Die im VGCV zusammengeschlossenen Verbände lancierten das Projekt «VGCV-Zukunft», das in einen Fusionsprozess mündete. Am 18. Juni **1998** beschloss

der Kongress des ChPTT eine Anpassung seiner Strukturen und die Umbenennung in transfair. Am 29. November **1999** schlossen sich GCV und VCB mit transfair zusammen – gleichzeitig wurde der VGCV aufgelöst. Erste Präsidentin wurde Regula Hartmann-Bertschi. Als zentrale Herausforderungen nannte der neue Verband die Tendenzen zu Privatisierung und Zentralisierung des Service Public. Der VCHP schloss sich dagegen der Syna an. In die Gründungsphase von transfair fiel die Verabschiedung des für den neuen Verband zentralen Bundespersonalgesetzes durch die Eidgenössischen Räte. Gegen das Gesetz, das die Abschaffung von Beamtenstatus und Automatismen in der Lohnentwicklung vorsah, ergriffen der VPOD und der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe das Referendum. Für die Abstimmung gaben transfair, CNG und VSA ohne grosse Begeisterung die Ja-Parole aus, während der SGB und seine Verbände die Vorlage ablehnten. Die Stimmenden nahmen das Gesetz am 26. November **2000** mit 66,8 Prozent Ja deutlich an.



Transfair-Gründungskongress in Interlaken, 1999.
In der Mitte: Gründungspräsidentin
Regula Hartmann-Bertschi.

Ein zentrales Thema seit der Anfangsphase von transfair sind der Kahlschlag beim Poststellennetz und weitere Zentralisierungs- und Auslagerungsmassnahmen bei der Post. Bereits **2001** organisierte transfair Proteste gegen den Abbau von Poststellen, unter anderem eine Demonstration in Lugano, wo die Eidgenössischen Räte tagten, eine Petition, die mit 20'000 Unterschriften eingereicht wurde, und einen offenen Brief an den Bundesrat. Zwei Jahre später forderte die Gewerkschaft die konsequente Nutzung des gesamten Poststellennetzes zum Verkauf innovativer Postprodukte. Das Thema Poststellennetz blieb bis in die Gegenwart aktuell. **2002** konnte transfair in einer Aussprache mit Infrastrukturminister Bundesrat Moritz Leuenberger über die Neuausrichtung der Briefverarbeitung Einigkeit darüber erzielen, dass dabei neben betriebswirtschaftlichen auch sozial- und regionalpolitische Gesichtspunkte zu berücksichtigen seien. Die Gewerkschaft reichte in jenem Jahr auch eine von 500 Poststellenleitenden unterschriebene Petition ein. **2004** führte ein Sparprojekt bei Postsachentransporten mit Auslagerung von Transportdiensten an Private mit schlechteren Arbeitsbedingungen zu gewerkschaftlichen Protesten. Die am 27. Februar **2004** vom Postpersonal durchgeführten Protestpausen wurden von transfair unterstützt. Dauerthemen waren auch Personalabbaupläne und Sparmassnahmen beim Bundespersonal, Swisscom, SBB und BLS.

Ein zentrales Thema seit der Anfangsphase von transfair ist der Kahlschlag beim Poststellennetz.

Angestelltenvereinigung AV Angestellte ABB

Die AV ABB ist heute eine Vereinigung von Arbeitnehmenden der ABB Schweiz sowie der Firmen Hitachi Energy Switzerland, Avadis Vorsorge AG, libs Berufslehren, Aartech GmbH und Birr Machines AG, welche als Sektionen geführt werden. Sie fungiert als Sprachrohr gegenüber der Geschäftsleitung von ABB Schweiz und den Firmen der Sektionen.

AV ABB ist nicht nur Mitglied von Travail.Suisse sondern zugleich die grösste Organisation im Dachverband Angestellte Schweiz, der **2012** Travail.Suisse verlassen hat. AV ABB geht zurück auf den am 18. November **1920** gegründeten Hausverband Brown Boveri (HBB). Zu jener Zeit hatte die **1891** entstandene BBC eine beherrschende wirtschaftliche und gesellschaftliche Position in Baden, das zu einer eigentlichen «Company Town» wurde. Ab **1893** entstanden in Baden die ersten sozialistischen Arbeiterorganisationen und **1898/99** war es zu einem Arbeitskonflikt mit Aussperrungen und einem Streik gekommen. In der Folge richtete die BBC eine Arbeiterkommission, einen Arbeiter-Unterstützungsfonds und einen Angestellten-Pensionsfonds ein. Während des Landesstreiks traten die mehrheitlich im SMUV organisierten Arbeiter in den Ausstand, während die Angestellten und die christlichsozialen Arbeiter Badens den Generalstreik ablehnten.

Ein Resultat dieser Konflikte innerhalb der BBC-Belegschaft war die Gründung des HBB, der sich zunächst auf die Angestellten beschränkte und eher arbeitgeberfreundlich ausgerichtet war. In der Wirtschaftskrise der frühen **1930er-Jahre** stimmte der HBB einem Lohnabbau zu und trat sogar vorübergehend aus den Angestelltendachverbänden VSA und VSAM aus, die die Kürzungen kritisiert hatten. Ab **1941** war der HBB im Stiftungsrat der BBC-Pensionskasse vertreten. In der frühen Nachkriegszeit umfasste er knapp 2'000 Mitglieder und

In der frühen Nachkriegszeit umfasste der Verband rund 90 Prozent der BBC-Angestellten.

damit rund 90 Prozent der BBC-Angestellten. **1981** fusionierte der HBB mit dem Angestelltenverband des **1967** durch Übernahme der Maschinenfabrik Oerlikon entstandenen Standortes in Zürich-Nord zum Angestelltenverein Brown Boveri. Nachdem die BBC **1986** mit der ASEA zur Asea Brown Boveri (ABB) fusioniert hatte, schlossen sich **1992** die Sektionen Zürich und Aargau des Angestelltenvereines zur AV ABB zusammen, die sich Betriebsan-

gehörigen aller Berufsgattungen öffnete. Zugleich ging die Wahrnehmung der Angestellteninteressen vom Hausverband auf die ABB Personalvertretungen über.

1992: Zusammenschluss der Sektionen Zürich und Aargau zur AV ABB.



BBC-Fabrikgelände in Baden, um 1920

fh-ch engagiert sich für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, möglichst flache Hierarchien und Mitwirkungsrechte.

Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft (VPE)

Der aus der Präsidentenkonferenz der Deutschschweizer EW-Personalvertretungen hervorgegangene VPE wurde am 4. Mai 2000 gegründet. 2006 trat der VPE den Angestellten Schweiz bei, wechselte dann aber 2013 zu Travail.Suisse.

Als Dachverband der Personal- und Mitarbeitervertretungen von 28 Energieunternehmen ist er die grösste Arbeitnehmendenorganisation in der Schweizer Elektrizitätswirtschaft und vertritt indirekt die Interessen von über 12'000 Mitarbeitenden, mehr als der Hälfte des gesamten Personalbestandes der Elektrizitätswirtschaft. Mit Stellungnahmen und Vernehmlassungsantworten an die Eidgenössischen Räte, das Bundesamt für Energie und den Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen sowie der Mitarbeit in nationalen Kommissionen und Arbeitsgruppen, bringt sich der VPE aktiv in die Schweizer Energiepolitik ein, etwa in Fragen der Stromversorgungssicherheit, Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes, des Ausstiegs aus der Atomenergie oder bei der Energiestrategie 2050. 2022 wurde der VPE Mitglied der Energiespar-Alliance zur Unterstützung der infolge des Ukrainekrieges lancierten Winter-Energiespar-Initiative des Bundes. Zugleich unterstützt der VPE seine Mitglieder in Belangen der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte und setzt sich für Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze in der Elektrizitätswirtschaft, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch der Mitglieder ein. Der VPE ist auch im World Council of Nuclear Workers (WONUC) vertreten.

Der VPE ist die grösste Arbeitnehmendenorganisation in der Schweizer Elektrizitätswirtschaft.

Verband der Fachhochschuldozierenden (fh-ch)

Der Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz fh-ch ist ein Zusammenschluss von sieben regionalen Dozierendenverbänden der Fachhochschulen und wurde am 27. Juni 1998 gegründet.

Die Bemühungen um Aufwertung der höheren Berufsbildung waren 1995 in das Bundesgesetz über die Fachhochschulen gemündet. In der Folge wurden zwischen 1996 und 2003 verschiedene höhere Bildungsanstalten durch Fusionen zu sieben Fachhochschulen unter Bundesreglement aufgewertet. Im Jahre 2003, am Ende dieses Gründungsprozesses, erfolgte der Abschluss eines Kooperationsvertrages zwischen fh-ch und Travail.Suisse. Zwei Jahre später vollzog fh-ch den Vollbeitritt und auch die Geschäftsstelle von fh-ch wurde bei der Zentrale von Travail.Suisse angesiedelt. Fh-ch engagiert sich für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, möglichst flache Hierarchien und Mitwirkungsrechte von Dozierenden, Mittelbau und Studierenden an den Fachhochschulen sowie deren Anerkennung als gleichwertige Partner in der Schweizer Hochschullandschaft. 2012 schloss fh-ch mit der Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden (VS-AEU) und der Schweizerischen Gesellschaft für Lehrerinnen- und Lehrerbildung (SGL) eine Kooperationsvereinbarung zur Gründung der Konferenz Hochschuldozierende Schweiz/swissfaculty. Diese ist im Rahmen des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes mit beratender Stimme in der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK), im Schweizerischen Akkreditierungsrat und in zugeordneten Gremien vertreten und steht in regelmässigem Austausch mit der Rektorenkonferenz swissuniversities.

Angestellte Drogisten Suisse

Der Verband der angestellten Drogistinnen und Drogisten wurde auf gesamtschweizerischer Ebene 1939 unter dem Namen «Droga Helvetica» gegründet.

Zuvor hatte es bereits seit einigen Jahren kantonale Vorläufer gegeben. **1949** schlossen Droga Helvetica und der Schweizerische Drogistenverband (SDV) nach dreijähriger Verhandlungsphase den ersten GAV ab, der seither immer wieder verlängert wurde. Vertreterinnen und Vertreter des Verbandes wirken in der Prüfungskommission der Höheren Fachschule für Drogistinnen und Drogisten in Neuchâtel mit. Auch ist der Verband in der paritätischen Kommission der Pensionskasse des SDV vertreten. **2010** änderte der Verband den Namen in Angestellte Drogisten Suisse. Neben Travail.Suisse gehört der Verband seit **2014** auch der Angestelltenvereinigung Region Basel (ARB) an.

1939: Gründung von Droga Helvetica.

1949: Erster GAV der Drogierbranche

Verband der Ungarischen Christlichen Arbeitnehmenden der Schweiz / Svájci Keresztény Magyar Munkavállalók Szövetsége (VUCAS)

Nach der sowjetischen Invasion in Ungarn im November 1956 kamen rund 12'000 ungarische Flüchtlinge in die Schweiz. Etwa 7'000 von ihnen blieben dauerhaft im Land und integrierten sich rasch und relativ problemlos in die Arbeitswelt.

Am 17. Dezember **1958** wurde der VUCAS als interprofessioneller Verband für Arbeitnehmer ungarischer Herkunft gegründet und kurz darauf in den CNG aufgenommen. Der Verband, der anfänglich acht Ortsgruppen umfasste, bezweckte gemäss seinen Statuten «die Wahrung der beruflichen, materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder und die Pflege des Ungarntums». **1969** lancierte der VUCAS mit Spezialbewilligung des Bundes die Flüchtlingshilfsorganisation «Ungarn für Ungarn», die bis zum Fall des Eisernen Vorhangs etwa 500 Flüchtlingen zur Einreise in die Schweiz verhalf. Ebenfalls ab **1969** organisierte der Verband Vorbereitungskurse für die Einbürgerungsprüfung. Auf seinem Höhepunkt Mitte der **1970er-Jahre** zählte der VUCAS rund 800 Mitglieder. In der Folge nahmen die Mitgliederzahlen – als Zeichen der Integration der ehemaligen Ungarnflüchtlinge und ihrer Nachkommen – stark ab. Im ersten Verbandsjahr von Travail.Suisse waren es noch 270, im Jahre **2022** dann nur noch 36.

1958: Gründung
der VUCAS

1956: Nach der sowjetischen
Invasion kommen rund 12'000
ungarische Flüchtlinge in
die Schweiz.



Ungarische Flüchtlinge lesen ein von den Zürcher Medienhäusern produziertes Informationsblatt, 1956

Sozialpartnerschaft und Arbeitskonflikte

Arbeitsfrieden nicht zum Nulltarif

Travail.Suisse und seine Mitgliedsverbände legen in der Tradition der Vorläuferorganisationen grossen Wert auf die Sozialpartnerschaft. So steht jährlich im Geschäftsbericht an prominenter Stelle zu lesen: «Travail.Suisse bekennt sich zur Sozialpartnerschaft. Eine gut funktionierende Partnerschaft zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden ist eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität unseres Landes. Dialog statt Konfrontation lautet die Devise von Travail.Suisse.»

Entsprechend sind die Mitgliedsverbände von Travail.Suisse Vertragspartner in zahlreichen GAV. Die jährlich formulierten Lohnforderungen sollen wenn immer möglich durch Verhandlungen erreicht werden. Auf der Webseite von transfair steht sogar der Satz: «Streiks gibt es bei transfair nicht.» Syna schreibt in ihrem Grundlagenpapier «Was uns leitet: unsere Werte» differenzierter: «Eine konstruktive Sozialpartnerschaft ist aber nicht bedingungslos zu haben: Das Engagement der betroffenen Arbeitnehmenden wie auch die Bereitschaft der Arbeitgeber für einen Dialog auf Augenhöhe müssen immer wieder eingefordert werden. Die mangelnde Bereitschaft von Firmen und Branchen, auf gesamtarbeitsvertragliche Regelungen einzusteigen, ist nach wie vor die grösste Gefahr für die Sozialpartnerschaft. Deshalb sind wir, wenn nötig, auch für Kampfmassnahmen bereit. Um Arbeitgeber (wieder) an den Verhandlungstisch zu führen, beschreiten wir – zusammen mit unseren Mitgliedern – auch den konfliktuellen Weg.» Zum Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gehört auch der Einsatz von Travail.Suisse und seinen Verbänden für Einhaltung und Stärkung der Flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr.

Seit den 1990er-Jahren ist es in der Schweiz angesichts der neoliberalen Offensive allerdings zu einer gewissen Renaissance der Arbeitskämpfe gekommen. Zwar blieb die Zahl der Streiks im Vergleich zum frühen 20. Jahrhundert und auch im internationalen Vergleich bescheiden, die Arbeitsniederlegung ist aber bei den Gewerkschaften nicht mehr so tabuisiert wie im späten 20. Jahrhundert und die grossen Verbände haben die Streikfähigkeit wieder erlernt. Im Unterschied zur Hochphase der Arbeitskämpfe im frühen 20. Jahrhundert, als Streiks von SGB-Verbänden von den nichtsozialistischen Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen häufig nicht mitgetragen, zuweilen gar unterlaufen wurden, oder umgekehrt in der kleinen Streikwelle der 1970er-Jahre, als wegen des Festhaltens des SMUV an der absoluten Friedenspflicht mehrfach CNG-Verbände zur organisatorischen Basis von Arbeitskämpfen wurden, arbeiten im frühen 21. Jahrhundert Verbände von Travail.Suisse und SGB bei vielen, freilich nicht allen Arbeitskämpfen zusammen. Ein in diesem Zusammenhang bemerkenswertes historisches Statement machte 2018 der Regionalverantwortliche an der Delegiertenversammlung der Syna Oberwallis. Er verknüpfte im

Travail.Suisse und seine Mitgliedsverbände legen in der Tradition der Vorläuferorganisationen grossen Wert auf die Sozialpartnerschaft.

Tätigkeitsbericht sein Plädoyer für Sozialpartnerschaft, Arbeitsfrieden sowie wirtschaftliche und soziale Stabilität nämlich mit einem Hinweis auf die zahlreichen Verbesserungen für die Arbeiterschaft, die aus dem – nur von den SGB-Verbänden getragenen – Landesstreik von 1918 hervorgegangen waren, und mahnte an, die Arbeitnehmerinnen und -nehmer sollten sich auch in der Gegenwart für ihre Interessen zur Wehr setzen.

Zum Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gehört auch der Einsatz von Travail.Suisse und seinen Verbänden für Einhaltung und Stärkung der Flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr.

Seit den 1990er-Jahren ist es in der Schweiz angesichts der neoliberalen Offensive zu einer gewissen Renaissance der Arbeitskämpfe gekommen.

Arbeitskämpfe in der Baubranche

Recht konfliktiv, wenn auch in zunehmend ritualisierter Weise, haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Arbeitsbeziehungen im Baugewerbe entwickelt.

Den Auftakt machte in der Gründungsphase von Syna und Travail.Suisse der Kampf um das Rentenalter 60. Angesichts der geringeren Lebenserwartung der körperlich stark beanspruchten Bauarbeiter und des Umstandes, dass nicht weniger als 40 Prozent von ihnen vor Erreichen des gesetzlichen AHV-Alters invalid werden, forderten die Gewerkschaften seit den späten **1980er-Jahren** eine Branchenlösung mit tieferem Rentenalter, stiessen damit aber bei den Baumeistern zunächst auf wenig Gehör. Im Vorfeld der LMV-Erneuerung **2002** brachten die Gewerkschaften die Forderung deshalb mit grösserer Vehemenz vor. Bereits im Sommer **2001** gab es in mehreren Städten gemeinsame Bauarbeiter-Demonstrationen von GBI und Syna. Die Baumeister blieben aber hartnäckig. Ihr «letztes Angebot» vom Dezember **2001** lehnten Syna und GBI ab, womit ab April **2002** ein vertragsloser Zustand drohte. Am 16. März **2002** organisierte die GBI eine grosse Bauarbeiter-Demonstration in Bern. Die Syna beteiligte sich daran nicht, was bei Teilen ihrer Basis auf Unverständnis stiess. Wenige Tage nach der Demonstration bewilligten die Baumeister die gewerkschaftlichen Forderungen weitgehend.

Im Sommer **2002** gelang es aber Hardlinern innerhalb des Baumeister-Verbandes, die Vereinbarung vom März zu kippen. Daraufhin rüsteten die Gewerkschaften, nun wieder gemeinsam, für den Herbst zu Streik- und Protestaktionen. Im September und Oktober fanden zwei Dutzend lokale Streiks und Blockaden statt. So legte die Syna eine Migros-Baustelle in Sursee für einen Tag lahm. Als Höhepunkt traten am 4. November im ersten landesweiten Branchenstreik seit über einem halben Jahrhundert 15'000 Bauarbeiter in den Aus-

stand. Die GBI blockierte in einer spektakulären, aber riskanten Aktion während einer halben Stunde den Baregg-Tunnel der A1. Wenige Tage darauf unterzeichnete der Baumeisterverband mit den Gewerkschaften Syna und GBI eine Vereinbarung zur Beilegung der Differenzen, zur Einführung des flexiblen Altersrücktritts und zum reibungslosen Übergang vom alten zum neuen LMV. Im Dezember wurde der Gesamtarbeitsvertrag für den flexiblen Altersrücktritt (GAV FAR) unterzeichnet, der am 1. Juli **2003** in Kraft trat und vom Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärt wurde.

Auf diesen Erfolg der Gewerkschaften reagierte der Baumeisterverband ab **2004** mit dem Projekt «LMV light», der den Arbeitgebern grosse Flexibilität bei den Arbeitszeiten geben sollte. Im Frühjahr **2007** kündigten sie den laufenden LMV auf Ende September. Als im Juni am «Tag der Bauwirtschaft» in Luzern Bundesrat Christoph Blocher vor den versammelten Baumeistern zum Thema «freier Arbeitsmarkt» referierte, demonstrierten vor dem Tagungslokal 2'000 Bauarbeiter und skandierten «Streik!»-Parolen. Im September sprachen sich die Delegierten von UNIA und Syna fast einstimmig für Warnstreiks aus. 17'000 Bauarbeiter demonstrierten in Zürich. Im Oktober und November streikten auf verschiedenen Baustellen über 8'000 Arbeiter mit Unterstützung von UNIA, Syna und OCST. Die Syna blockierte beispielsweise eine Baustelle der Firma des Baumeister-Hardliners und SVP-Ständerats This Jenny im Kanton Glarus. Für Aufsehen sorgte am 13. Oktober ein 24-stündiger, von OCST, Syna und UNIA gemeinsam organisierter Warnstreik auf den NEAT-Baustellen. Erst nach zwei Mediationsrunden unterzeichnete der Baumeisterverband im April **2008** einen neuen LMV. Bereits im Juli **2008** kam es auf einer NEAT-Baustelle in Sigrino zu einem weiteren, von OCST, Syna und UNIA unterstützten Streik wegen eines Konflikts um Unterkünfte und Verpflegung.

Im Vorfeld der nächsten LMV-Verlängerung organisierten UNIA und Syna aufgrund des schleppenden Verhandlungsprozesses am 21. Mai **2011** eine Landsgemeinde mit über 800 Bauarbeitern, die die

Forderung nach besserem Arbeitsschutz unterstrich. Am 24. September beteiligten sich über 10'000 Personen an einer Bauarbeiterdemonstration in Bern. Ende **2011** wurden auf zahlreichen Baustellen Protesttage durchgeführt. Bis zur Einigung im Frühjahr **2012** herrschte daraufhin ein vertragsloser Zustand. Bei der nächsten LMV-Erneuerung **2015** stellten die Baumeister das Rentenalter 60 in Frage. Daraufhin organisierten UNIA und Syna am 27. Juni eine grosse Demonstration in Zürich, an der sich 15'000 Bauarbeiter beteiligten. Im November kam es im ganzen Land zu streikähnlichen Protesttagen, im Dezember unterzeichneten die Baumeister mit den Gewerkschaften einen neuen LMV, der die Frühpensionierung sicherte.

2018 wiederholten sich diese Vorgänge. Erneut stellten die Baumeister das Rentenalter 60 in Frage. Nach einer Demonstration in Zürich mit 18'000 Bauarbeitern am 23. Juni rückten die Baumeister von diesen Plänen ab, forderten im Gegenzug aber die faktische Abschaffung der Arbeitszeitregeln. Daraufhin einigten sich UNIA, Syna, OCST und SCIV auf streikähnliche Protesttage, bei denen im Oktober und November in der ganzen Schweiz rund 15'000 Bauarbeitende die Arbeit niederlegten. In der Folge unterzeichneten die Baumeister mit den Gewerkschaften einen neuen LMV, der die wesentlichen Regelungen des alten fortschrieb. Auch **2022** forderten die Baumeister zunächst eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Im Oktober und November organisierten UNIA, Syna und OCST Protesttage mit Arbeitsniederlegungen sowie grossen Demonstrationen in Bellinzona, Basel, Genf, La Chaux-de-Fonds, Fribourg, Delémont, Lausanne und Zürich, worauf die Sozialpartner einen neuen LMV abschlossen, der den Bauarbeitern verschiedene Verbesserungen brachte.

2002: Unterzeichnung des GAV für den flexiblen Altersrücktritt.

2007: Streiks von über 8'000 Arbeitnehmenden auf verschiedenen Baustellen.

**Bauarbeiterdemonstrationen:
2011 in Bern: 10'000 Personen
2015 in Zürich: 15'000 Personen
2018 in Zürich: 18'000 Personen**

2022: Protesttage mit Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen.

Streiks in Verkehrswesen, Industrie und Gesundheitssektor

Auch in anderen Branchen kam es zu Arbeitskämpfen, in denen Travail.Suisse-Verbände eine Rolle spielten. **2005** unterstützten OCST und Syna Streiks an den Swisstex-Standorten in Novazzano und Zofingen wegen nicht bezahlter Löhne. Beim landesweit beachteten, vierwöchigen Streik gegen die Schliessung der Werke von SBB Cargo in Bellinzona, der **2008** den ganzen Kanton Tessin mobilisierte, lag der Lead beim Streikkomitee sowie den SGB-Verbänden UNIA und SEV. Die in der Belegschaft der «Officine» relativ schwach vertretene Gewerkschaft transfair trug den Ausstand aber mit und gehörte in der Folge als Teil der Personalkommission auch dem vom Bundesrat eingerichteten Runden Tisch an, dessen Verhandlungen die Mehrzahl der Arbeitsplätze rettete. Bei einem Konflikt um die Arbeitsbedingungen der Tram- und Buschauffeure bei den Verkehrsbetrieben der Stadt Zürich (VBZ) im Jahre **2011** lehnten dagegen transfair und Syna den während eines Mediationsverfahrens, in das die Gewerkschaften eingebunden waren, vom VPOD proklamierten Streik ab, der dann lediglich fünf Stunden dauerte.

Hingegen unterstützten Syna und VPOD gemeinsam den Streik im Neuenburger Hôpital de la Providence, der vom November **2012** bis Mai **2013** dauerte, sich gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen nach der Privatisierung der Klinik richtete und zur fristlosen Kündigung aller 22 Streikenden führte. **2017** streikte das Personal der Schifffahrtsgesellschaft auf dem Lago Maggiore während dreier Wochen mit der gemeinsamen

Unterstützung der Gewerkschaften OCST, SEV und UNIA erfolgreich gegen 34 geplante Entlassungen. In diesem Zusammenhang wärmte Lega-Staatsrat Norman Gobbi – ungeachtet der Verankerung des Streikrechts in der Bundesverfassung – die aus dem 19. Jahrhundert stammende Legende wieder auf, Streiken sei «non svizzero». **2021** unterstützten OCST und UNIA gemeinsam einen Streik bei Burberry in Mendrisio. **2022** kam es bei den Genfer Verkehrsbetrieben (TPG) zu einer anderthalbtägigen Arbeitsniederlegung, die von transfair und SEV unterstützt wurde.

2005: Streiks an den Swisstex-Standorten in Novazzano und Zofingen.

2012/13: Streik im Neuenburger Hôpital de la Providence.

2017: Streik bei der Schifffahrtsgesellschaft auf dem Lago Maggiore.

Die politische Bühne

Die Volksinitiativen von Travail.Suisse

In den ersten zwei Jahrzehnten des Bestehens hat Travail.Suisse drei eidgenössische Volksinitiativen lanciert, die alle bei sozialpolitischen Themen Druck machten.

Noch vor der Fusion hatte der CNG die Initiative «Für fairere Kinderzulagen!» gestartet, die im April **2004** eingereicht wurde. Unter dem Druck der Initiative beschloss das Parlament einen indirekten Gegenvorschlag. Dieser übernahm vom Volksbegehren den Grundsatz «Ein Kind – eine Zulage» und schweizweite Mindestansätze, setzte allerdings tiefere Beträge an als in der Initiative gefordert. Daraufhin zog Travail.Suisse im Juni **2006** die Initiative zurück, um sich voll auf den Abstimmungskampf für den Gegenvorschlag konzentrieren zu können. Gegen das Familienzulagengesetz hatte nämlich der Gewerbeverband das Referendum ergriffen und in der Folge empfohlen auch FDP, SVP, economiesuisse und der Arbeitgeberverband Ablehnung der Vorlage. Travail.Suisse übernahm die Führung der Pro-Kampagne – dies mit einem unerwartet deutlichen Erfolg: Am 21. November **2006** nahmen knapp 68 Prozent der Stimmenden die Vorlage an, in allen Kantonen ausser Appenzell-Innerrhoden gab es Ja-Mehrheiten.

Ein Jahr nach diesem Erfolg lancierte der Travail.Suisse-Kongress die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle», die am 26. Juni **2009** mit 107'639 gültigen Unterschriften eingereicht wurde. Bundesrat und Parlament empfahlen das Begehren zur Ablehnung. Zu seiner Unterstützung bildete sich aber eine breite Allianz aus 23 Organisationen, darunter SP, Grüne, CSP und SGB. Im Abstimmungskampf

fürten die Travail.Suisse-Verbände sieben Aktionstage durch und erstmals veranstaltete Travail.Suisse eine Social-Media-Kampagne. Trotzdem hatte die Vorlage, die von bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbänden bekämpft wurde, an der Urne keine Chance: Am 11. März **2012** lehnten 66,5 Prozent der Stimmenden und sämtliche Stände die Initiative ab.



Einreichung der Volksinitiative für fairere Kinderzulagen, 2003

2016 lancierte Travail.Suisse zusammen mit den Dachverbänden Pro Familia, alliance F und männer.ch die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie». Das Initiativprojekt, das einen Vaterschaftsurlaub von vier Wochen forderte, war eine Reaktion auf mehrere erfolglose Vorstösse im Parlament. Die Unterschriftensammlung verlief erstmals zu einem bedeutenden Teil online und bereits am

4. Juli **2017** konnten 107'106 Unterschriften eingereicht werden. Unter dem Druck der Initiative führten verschiedene grössere Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber einen Vaterschaftsurlaub ein oder bauten bestehende Regelungen aus. Der Bundesrat hingegen wollte die Initiative zunächst ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfehlen. Nach einer medienwirksamen Aktion auf dem Bundesplatz im Juni **2018** und Lobbying des von Travail.Suisse gegründeten Vereins «Vaterschaftsurlaub jetzt!» lancierte die Sozialkommission des Ständerats aber einen indirekten Gegenvorschlag, der einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub vorsah und in beiden Parlamentskammern Mehrheiten erreichte. Daraufhin zog das Initiativkomitee das Volksbegehren bedingt zurück. Gegen den Gegenvorschlag ergriff ein Komitee aus rechtsbürgerlich-gewerblichen Kreisen das Referendum. Der Abstimmungskampf fiel in die erste Phase der Corona-Pandemie und verlief deshalb zu einem grossen Teil digital. Von den Parteien befürworteten SP, Grüne, CVP, GLP, BDP und EVP die Vorlage, SVP, FDP und EDU lehnten sie ab. Am 27. September **2020** wurde der Vaterschaftsurlaub mit 60,3 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen.

Obwohl keine der drei Travail.Suisse-Initiativen direkt an der Urne angenommen wurde, bewirkten zwei davon Gegenvorschläge, die zu bedeutenden sozial- und familienpolitischen Verbesserungen führten. Dieses für die Funktionsweise der halbdirekten Demokratie typische Muster zeigte sich auch bei der Cleantech-Initiative, in deren Komitee Travail.Suisse ebenfalls vertreten war. Das **2011** eingereichte Volksbegehren forderte Investitionen und Vorschriften im Energiebereich mit dem Ziel, den Energiebedarf der Schweiz bis **2030** mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien zu decken. Bei der Einreichung legte Travail.Suisse eine Mediendokumentation vor, die vorrechnete, dass eine Umsetzung der Initiative netto rund 100'000 Arbeitsplätze schaffen würde. Die noch vor der Atomkatastrophe von Fukushima lancierte Initiative wurde dann **2013** zurückgezogen, nachdem die Eidgenössischen Räte den parlamentarischen Vorstoss «Freigabe der Investitionen in erneuerbare



Die zweite Volksinitiative von Travail.Suisse scheiterte 2012 an der Urne

2006: Annahme einheitlicher Kinderzulagen

Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher» gutgeheissen hatten und gegen die entsprechende Änderung des Energiegesetzes kein Referendum ergriffen wurde.

Ein ähnlicher Erfolg wie mit den beiden Eidgenössischen Volksinitiativen zur Familienpolitik gelang **2022** im Kanton Wallis. **2019** lancierten SCIV und Syna die kantonale Volksinitiative «Mehr Familienzulagen für Ihre Kinder», die eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen verlangte. Der Grosse Rat beschloss einen Gegenvorschlag mit leicht tieferen Sätzen, gegen den FDP und SVP das Referendum ergriffen. Am 27. November **2022** sagte das Walliser Stimmvolk mit 61,9 Prozent aber deutlich Ja zu dieser Vorlage. Damit erhielt der Kanton Wallis ab **2023** wieder die schweizweit höchsten Familienzulagen.

2020: Annahme des Vaterschaftsurlaubs

2022: Annahme höherer Familienzulagen im Kanton Wallis



Einreichung der Vaterschaftsurlaubsinitiative mit fast 130'000 Unterschriften, 2017

2010: «Kantersieg für die Arbeitnehmerorganisationen» bei der Abstimmung zur 2. BVG-Revision.

Engagement für und gegen Referenden

Travail.Suisse hat sich auch bei verschiedenen Referenden aktiv beteiligt.

Wenig erfolgreich waren zwei Referenden gegen die Ausweitung von Sonntags- und Nachtarbeit. **2003** beschloss das Parlament eine Liberalisierung der Öffnungszeiten und Sortimentsbeschränkungen von Läden in Bahnhöfen und Flughäfen. Demnach sollten Ladenöffnungszeiten bis 23 Uhr und an Sonntagen ohne Bewilligungspflicht möglich werden. Davon waren rund 2'500 Arbeitnehmerinnen und -nehmer betroffen. Dagegen ergriffen SGB und Travail.Suisse das Referendum. Am 27. November **2005** hiessen knappe 50,6 Prozent der Stimmden die Vorlage gut. Dieses hauchdünne Resultat hatte immerhin zur Folge, dass wenige Tage nach der Abstimmung der Nationalrat eine Motion für eine völlige Liberalisierung der Sonntagsarbeit im Detailhandel und den Dienstleistungen deutlich ablehnte. Acht Jahre später kam im selben Themenfeld eine weitere Vorlage zur Abstimmung. Gegen die vom Parlament beschlossene Ausweitung der Nacht- und Sonntagsarbeit in Tankstellenshops ergriff Travail.Suisse gemeinsam mit anderen Arbeitnehmendenverbänden, Parteien und kirchlichen Organisationen das Referendum. Am 22. September **2013** hiessen aber 55,8 Prozent der Stimmden die Vorlage gut.

Durchzogen waren die Resultate bei Referenden gegen Sozialversicherungsvorlagen mit Abbaucharakter. In die Gründungsphase von Travail.Suisse fiel **2003** die Verabschiedung der 11. AHV-Revision durch das Parlament, die eine Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre, einen Abbau bei den Witwenrenten, die verzögerte Anpassung der Renten an Lohn- und Preisentwicklung und die Flexibilisierung des Rentenalters ohne soziale Abfederung vorsah. Gegen diese reine Abbauvorlage ergriffen SGB, Travail.Suisse sowie Sozialdemokratische und Grüne Partei das Referendum. In Rekordzeit kamen 152'000 Unterschriften zusammen, von

denen Travail.Suisse 20'000 beisteuerte. Bereits während der parlamentarischen Beratungen hatten SGB und Travail.Suisse eine Grosskundgebung organisiert, an der über 35'000 Personen teilnahmen. Im Abstimmungskampf lancierte Travail.Suisse das Computerspiel «Stopp Couchepin!», welches mehr als 800'000 Mal angeklickt wurde. Am 16. Mai **2004** wurde die Vorlage mit fast 68 Prozent Nein und ablehnenden Mehrheiten in sämtlichen Kantonen sehr deutlich bachab geschickt. Travail.Suisse schrieb daraufhin erfreut, damit sei «das Rentenalter 67 definitiv vom Tisch».

2007 unterstützten Travail.Suisse und SGB das Referendum mehrerer Behindertenorganisationen gegen die 5. IV-Revision, die die Finanzprobleme dieser Sozialversicherung allein mit Abbaumassnahmen lösen wollte, aber von 59,1 Prozent der Stimmden deutlich angenommen wurde. **2010** ergriffen Gewerkschaften und Linksparteien das Referendum gegen die 4. Revision der Arbeitslosenversicherung, die verschiedene Verschlechterungen vorsah. Travail.Suisse sammelte dabei 40'000 Unterschriften. An der Urne hiessen aber 53,4 Prozent der Stimmden die Vorlage gut. Hingegen endete im selben Jahr die Abstimmung über die 2. BVG-Revision mit einem Ergebnis, das der Jahresbericht von Travail.Suisse dann als «Kantersieg für die Arbeitnehmerorganisationen» feierte. Die Vorlage zur Senkung des Mindestumwandlungssatzes wurde von 72,7 Prozent der Stimmden bachab geschickt und erreichte in keinem einzigen Kanton eine Mehrheit.

2022 stand Travail.Suisse bei der Abstimmung über die «AHV21» dann wieder auf der Verliererseite. **2017** war die von Travail.Suisse mitgetragene Kompromissvorlage über die «Altersvorsorge 2020» an der Urne einer unheiligen Allianz aus FDP, SVP, Wirtschaftsverbänden und Linksaussenkreisen knapp zum Opfer gefallen. Gegen die Ende **2021** verabschiedete neue Vorlage, die ebenfalls eine Angleichung des Frauen- an das Männerrentenalter, aber erheblich geringere Kompensationsmassnahmen vorsah, ergriffen Gewerkschaften, Frauenorganisationen und Linksparteien das Referendum. Am

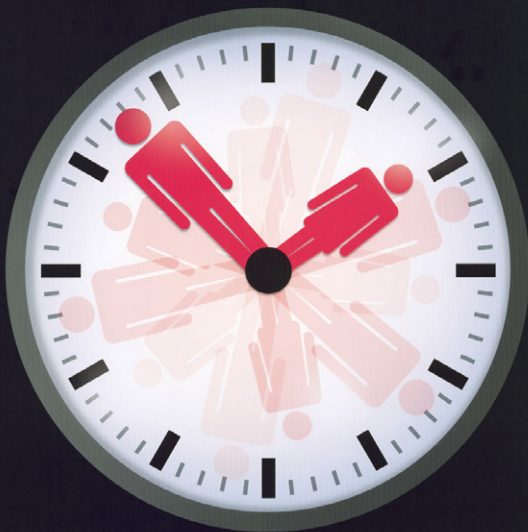
Bei Referenden gegen Steuer-
geschenke an Konzerne und
Vermögende stand Travail.Suisse
zumeist auf der Siegerseite.

2022 stand Travail.Suisse bei
der Abstimmung über AHV21
auf der Verliererseite.

25. September **2022** hiessen die Stimmberechtigten die AHV-Reform mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 50,6 Prozent gut. Abstimmungsanalysen zeigten, dass bei dem knappen Ergebnis die von der Rentenalterserhöhung nicht Betroffenen (Männer, Frauen im Rentenalter) die Betroffenen (Frauen im erwerbstätigen Alter) überstimmt hatten. Dies sowie der Umstand, dass die Parallelvorlage über eine Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der AHV beim Volk erheblich besser abschnitt, liess Pläne für weitere Erhöhungen des Rentenalters als wenig chancenträchtig erscheinen.

Zumeist auf der Siegerseite stand Travail.Suisse bei Referenden gegen Steuergeschenke an Konzerne und Vermögende. In die Gründungsphase von Travail.Suisse fiel das Referendum gegen das «Steuerpaket **2001**». Diese vom Bundesrat ausgearbeitete Vorlage mit von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit noch vergrösserten Steuersenkungen hätte jährliche Einnahmenverluste von 1,5 Milliarden Franken beim Bund sowie 500 Millionen Franken bei den Kantonen nach sich gezogen. Neben dem Referendumskomitee aus Linksparteien und Gewerkschaften gab es erstmals in der Geschichte auch ein Kantonsreferendum. In der Abstimmung am 16. Mai **2004** hatte die Vorlage keine Chance: Fast 65 Prozent der Stimmdenden und sämtliche Kantone lehnten sie ab. **2007** unterstützte Travail.Suisse das Referendum von SGB, SP und Grünen gegen die Unternehmenssteuerreform II, die unter anderem die Absenkung der Dividendenbesteuerung für Grossaktionäre und die Abschaffung steuerbegünstigter Arbeitsbeschaffungsreserven vorsah und von den Stimmdenden am 24. Februar **2008** mit 50,5 Prozent Ja hauchdünn angenommen wurde. Erfolgreicher war – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung mit der Unternehmenssteuerreform II, die zu massiv höheren Einnahmefällen führte als vom Bundesrat prognostiziert – neun Jahre darauf das Referendum von Gewerkschaften und Linksparteien gegen die Unternehmenssteuerreform III, die von 59,1 Prozent der Stimmdenden bachab geschickt wurde. Ebenso erfolgreich waren die von Travail.Suisse unterstützten Referenden gegen die Erhöhung der steuerlichen Kinderabzüge (**2020**,

NON à la journée de travail de 24 heures



22 septembre 2013

NON à la péjoration
de la loi sur le travail!

alliance pour le
Dimanche

Das gewerkschaftliche Referendum gegen die Aus-
weitung der Nacht- und Sonntagsarbeit in Tankstel-
lenshops war 2013 an der Urne nicht erfolgreich

63,2 Prozent Nein), die Abschaffung von Stempelabgaben (**2022**, 62,7 Prozent Nein) und die Abschaffung von Verrechnungssteuern (**2022**, 52 Prozent Nein).

Bei verschiedenen Referendumsabstimmungen engagierte sich Travail.Suisse stark im Ja-Lager. Neben den bereits erwähnten Vorlagen zu den Familienzulagen von **2006** und zum Vaterschaftsurlaub von **2020** gehörte dazu im Bereich der Sozialpolitik der Einsatz für die Mutterschaftsversicherung. Seit **1945** hatte die Bundesverfassung den Auftrag enthalten, eine entsprechende Versicherung einzurichten, aber jahrzehntelang tat sich nichts. Zwei Initiativen erlitten **1974** und **1984** an der Urne Schiffbruch, ebenso zwei Gesetzesvorlagen **1987** und **1999**, gegen die jeweils rechtsbürgerliche Kreise und Wirtschaftsverbände das Referendum ergriffen hatten. Als **2003** eine neue Vorlage behandelt wurde, überreichte Travail.Suisse den Parlamentsmitgliedern eine Geburtsurkunde mit der Aufforderung, dieses Kind nun endlich zur Welt zu bringen. Gegen diese Vorlage, die die Mutterschaftsversicherung in die Erwerbersatzordnung integrierte, ergriff die SVP mit der Schreckensparole «Staatskinder» das Referendum. Travail.Suisse engagierte sich stark auf befürwortender Seite und lancierte die Kam-

pagne «infoMutterschaft – für alle Frauen in der Schweiz» mit dem Ziel, werdende und junge Mütter über ihre Rechte am Arbeitsplatz aufzuklären. Die Kampagne stiess auf sehr grosses Echo: Im Abstimmungsjahr wurden 120'000 Broschüren verteilt und über 1'500 Anfragen über die Infoline beantwortet. Aufgrund dessen wurde die Kampagne bis **2008** weitergeführt. Die Vorlage zur Mutterschaftsversicherung wurde am 26. September **2004** von 55,5 Prozent der Stimmenden gutgeheissen. Den Ausschlag gaben die hohen Ja-Anteile in der lateinischen Schweiz.

Die Kampagne
«infoMutterschaft»
von Travail.Suisse
stiess auf sehr
grosses Echo.

**2004: Annahme
der Mutterschafts-
versicherung im
fünften Anlauf**

Travail.Suisse ist seit der Gründung fast durchgehend mit Vorstandsmitgliedern im Nationalrat vertreten.

Parlamentarische Vertretung

Komplementär zu den Volksrechten gehört in der halbdirekten Demokratie zur Beeinflussung politischer Prozesse die parlamentarische Arbeit.

Travail.Suisse führt seit seiner Gründung während der Sessionen der Eidgenössischen Räte regelmässig Gesprächstreffen mit Parlamentsmitgliedern unterschiedlicher Fraktionen durch. Darüber hinaus ist der Verband seit seiner Gründung fast durchgehend mit Vorstandsmitgliedern im Nationalrat vertreten. Im Einzelnen waren dies: Hugo Fasel (CSP, Fribourg; Präsident Travail.Suisse 2002–2008 und Co-Präsident Syna 1998–2000; 1991–2008), Meinrado Robbiani (CVP, Tessin; Vor-

standsmitglied bzw. Vize-Präsident Travail.Suisse und Generalsekretär OCST; 2002–2011), Josiane Aubert (SP, Waadt; Vize-Präsidentin Travail.Suisse; 2009–2014), Jacques-André Maire (SP, Neuchâtel; Vize-Präsident Travail.Suisse; 2014–2019), Adrian Wüthrich (SP, Bern; Präsident Travail.Suisse; 2018–2019) und Léonore Porchet (Grüne, Waadt; Vize-Präsidentin Travail.Suisse; seit 2020). Zudem gehörten weitere Funktionsträgerinnen und -träger sowie Mitglieder von Travail.Suisse-Verbänden den Eidgenössischen Räten an. Im Nationalrat waren dies Chiara Simoneschi-Cortesi (CVP, Tessin; Präsidentin transfair 2010–2015; 1999–2011), Roberto Schmidt (CVP/CSPO, Wallis; Mitglied Syna; 2007–2011 und 2015–2017), Kathrin Amacker (CVP, Baselland; Mitglied Angestellte Schweiz; 2007–2010), Christophe Darbellay (CVP, Wallis; Mitglied SCIV; 2003–2015), Thomas Ammann (CVP, St. Gallen; Vize-Präsident transfair; 2015–2019), Stefan Müller-Altermatt (CVP/Die Mitte, Solothurn; Präsident transfair 2015–2020; seit 2011) und Greta Gysin (Grüne, Tessin; Präsidentin transfair ab 2020; seit 2019) sowie im Ständerat René Imoberdorf (CVP/CSPO, Wallis; Mitglied Syna; 2007–2015).



Travail.Suisse führt während der Sessionen regelmässig Gesprächstreffen mit Parlamentsmitgliedern unterschiedlicher Fraktionen durch.

Hugo Fasel, Nationalrat 1991–2008, im Jahre 2003

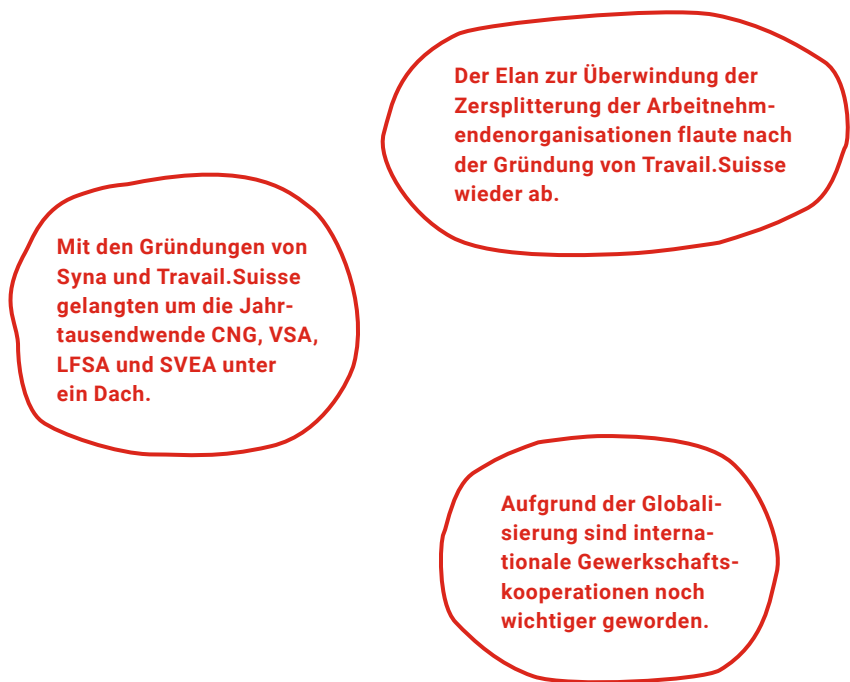
Travail.Suisse in der nationalen und internationalen Gewerkschaftslandschaft

Seit dem frühen 20. Jahrhundert war die schweizerische Landschaft der Arbeitnehmendenorganisationen weltanschaulich und statusmässig zersplittert in die Dachverbände SGB, CNG, VSA, LFSA und SVEA sowie eine Reihe ausserhalb stehender Angestellten- und Beamtenorganisationen.

Mit den Gründungen von Syna und Travail.Suisse gelangten um die Jahrtausendwende CNG, VSA, LFSA und SVEA unter ein Dach. Im frühen 21. Jahrhundert waren um die 700'000 Schweizer Arbeitnehmerinnen und -nehmer organisiert, davon knapp die Hälfte im SGB, etwa 20 Prozent bei Travail.Suisse und etwa 30 Prozent ausserhalb der beiden Dachverbände. Seit **1995** arbeiten die Gewerkschaftsdachverbände sowie Angestellten- und Berufsverbände aus den Bereichen Öffentlicher Dienst, Bildungs- und Gesundheitswesen in der Ebenrain-Konferenz zusammen.

Der Elan zur Überwindung der historisch bedingten Zersplitterung der Arbeitnehmendenorganisationen flaute nach der Gründung von Travail.Suisse allerdings wieder ab. Der Zustrom weiterer Organisationen zu den beiden grossen Dachverbänden hielt sich in Grenzen und **2012** musste Travail.Suisse gar den Austritt der Angestellten Schweiz verschmerzen. **2016** schlossen sich fünf Angestelltenorganisationen des Dienstleistungsbereichs mit insgesamt 88'000 Mitgliedern zur sich selbst als «politische Allianz» verstehenden, in der Öffentlichkeit aber bislang wenig beachteten Struktur «die plattform» zusammen. Dazu zählten unter anderen der KV Schweiz und die Schweizer Kader Organisation, die knapp zwei Jahrzehnte zuvor durch ihre Rückzüge aus der VSA deren Ende besiegelt hatten, sowie das ehemalige Travail.Suisse-Mitglied Angestellte Schweiz.

So blieb es weiterhin bei einer vielfältigen Landschaft von Arbeitnehmendenverbänden mit wechselnden Kooperationen. Travail.Suisse und SGB spannten bei einer ganzen Reihe von Referenden zusammen – in mehreren Fällen mit Erfolg. Allerdings zogen die beiden Dachverbände nicht bei allen eidgenössischen Abstimmungen zu ihren Kernthemen am selben Strick. So empfahl Travail.Suisse **2003** die Lehrstelleninitiative des SGB zur Ablehnung. Bei der Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes arbeiteten die beiden Verbände dann von **2005** bis **2011** im gemeinsam getragenen «Netzwerk Berufsbildung der Arbeitnehmenden» eng zusammen, unter anderem mit einem gemeinsamen Internetauftritt (bildungsgewerkschaften.ch). Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise organisierten SGB, Travail.Suisse und ihre Mitgliedsverbände am 19. September **2009** gemeinsam den nationalen Aktionstag gegen die Krise, bei dem auf dem Bundesplatz rund 30'000 Menschen gegen Sozialabbau und Manager-Lohnexzesse und für ein wirksames Konjunkturpaket mit Investitionen in Infrastruktur, Soziales und Ökologie demonstrierten. **2014** wandten sich einen Tag nach der hauchdünnen Annahme der SVP-«Masseinwanderungsinitiative» Travail.Suisse, SGB, UNIA und Syna gemeinsam an den Bundesrat, verlangten die Konsultation der Sozialpartner über das weitere Vorgehen, die Sicherung der bilateralen Verträge, die Aufrechterhaltung des Prinzips der Nichtdiskriminierung und



Mit den Gründungen von Syna und Travail.Suisse gelangten um die Jahrtausendwende CNG, VSA, LFSA und SVEA unter ein Dach.

Der Elan zur Überwindung der Zersplitterung der Arbeitnehmendenorganisationen flaute nach der Gründung von Travail.Suisse wieder ab.

Aufgrund der Globalisierung sind internationale Gewerkschaftskooperationen noch wichtiger geworden.

einen Ausbau des Lohnschutzes. In der Folge traten Travail.Suisse, SGB und Angestelltenorganisationen in der Kampagne gegen die noch radikalere Ecopop-Initiative gemeinsam und erfolgreich unter dem Label «Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände» auf.

Am 7. März **2015** beteiligten sich beide Dachverbände an einer Demonstration für Lohngleichheit in Bern, zu der 30 Frauenorganisationen aufgerufen hatten und an der 12'000 Personen teilnahmen. **2019** waren beide Dachverbände und ihre Mitgliedsorganisationen aktiv in den Vorbereitungen zum zweiten nationalen Frauenstreik, an dessen Demonstrationen und Veranstaltungen sich am 14. Juni mehr als eine halbe Million Menschen beteiligten. Im Vorfeld verabschiedete die Delegiertenversammlung von Travail.Suisse ein Manifest mit fünf gleichstellungspolitischen Forderungen. Und am 18. September **2021** organisierten Travail.Suisse und SGB gemeinsam eine Demonstration in Bern gegen die geplante Erhöhung des Frauenrentenalters, an der mehr als 15'000 Menschen teilnahmen. Hinzu kamen die bereits beschriebene Zusammenarbeit von Travail.Suisse und SGB-Verbänden bei verschiedenen Arbeitskonflikten und GAV-Verhandlungen sowie der Umstand, dass die Syna in verschiedenen Regionen an der Organisation der 1. Mai-Kundgebungen mitzuwirken begonnen hat.

Auch der medialen Öffentlichkeit präsentierten sich Travail.Suisse und SGB mehrfach gemeinsam. **2017** warben sie an einer Medienkonferenz für die Energiestrategie 2050, die in der Folge vom Volk deutlich angenommen wurde. Im folgenden Jahr gab es gemeinsame Medienkonferenzen zur Zweiten Säule und zu den Flankierenden Massnahmen als rote Linie bei den Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen. Daneben arbeitete Travail.Suisse auch mit Angestelltenorganisationen zusammen. Gemeinsam mit dem KV Schweiz gab es **2013** eine Medienkonferenz zur Reform der Altersvorsorge und **2019** zur AHV-Steuvorlage. **2013** machten sich Travail.Suisse, KV Schweiz und die Schweizer Kader Organisation an einer gemeinsamen Medienkonferenz für den Gegenvorschlag zur Abzockerinitiative stark.

Im Zuge der wachsenden Verflechtung der Schweizer Wirtschaft mit dem europäischen Binnenmarkt sowie der Globalisierung wurden aber auch internationale Kooperationen noch wichtiger. Seit dem späten 19. Jahrhundert hatte es stets grenzüberschreitende Vernetzungen der Gewerkschaften gegeben, durch Kongresse, internationale Branchensekretariate und schon ab dem frühen 20. Jahrhundert auch internationale Dachverbände. Schweizer Gewerkschaftsfunktionäre waren dabei verschiedentlich massgeblich beteiligt. Im 20. Jahrhundert war die internationale Gewerkschaftsbe-

wegung gespalten in sozialdemokratische, christliche, kommunistische und weitere Organisationen. Ein wichtiger Referenzpunkt wurde im späten 20. Jahrhundert der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB). **1973** aus einem Zusammenschluss der Gewerkschaftsdachverbände der EG und der EFTA entstanden, umfasst der EGB heute 102 Gewerkschaftsverbände in 38 Ländern mit 45 Millionen Mitgliedern. Der CNG trat dem EGB **1974** bei, die VSA **1991**.

Bereits wenige Monate nach der Gründung nahm Travail.Suisse im Mai **2003** am 10. EGB-Kongress in Prag teil und ist seither im EGB-Exekutiv Ausschuss vertreten. Am 14. Februar **2006** beteiligten sich Travail.Suisse und Syna an einer vom EGB organisierten Demonstration in Strassburg mit etwa 40'000 Teilnehmenden gegen die geplante «Bolkestein-Richtlinie», die das Dienstleistungswesen in der EU weitgehend deregulieren wollte. Das Europäische Parlament änderte daraufhin die



Travail.Suisse-Präsident Adrian Wüthrich hält eine Rede am EGB-Kongress in Berlin, 2023

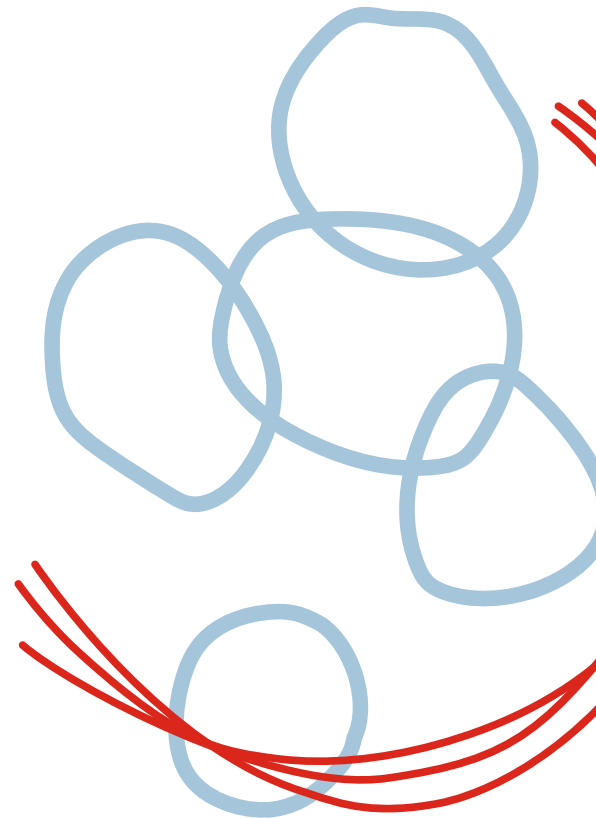
Travail.Suisse ist seit 2003 im Exekutivausschuss des EGB vertreten.

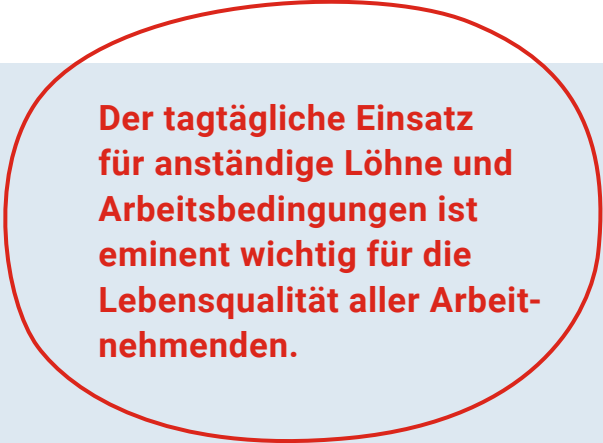
Travail.Suisse gehört der Schweizer Kommission bei der ILO an.

Dienstleistungsrichtlinie in zahlreichen Punkten in gewerkschaftlichem Sinne ab. Im Dezember **2008** beteiligte sich die Syna an einer weiteren EGB-Demonstration in Strassburg gegen eine Liberalisierung der EU-Richtlinie über die Arbeitszeit. Das Europäische Parlament lehnte in der Folge die Richtlinienänderung ab. Dem **2006** aus der Fusion zweier interkontinentaler Dachverbände entstandenen Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) trat Travail.Suisse im Unterschied zum SGB nicht bei. **2012** trugen Travail.Suisse und SGB aber in der Schweiz gemeinsam die «12 by 12»-Kampagne des IGB zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hausangestellten. Syna und VPE gehören zudem der IndustriALL European Trade Union an, die Syna auch der IndustriALL Global Union und der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter.


Die Schweiz hat nur knapp ein Drittel der ILO-Konventionen ratifiziert.

Darüber hinaus ist Travail.Suisse auch in der Schweizer Kommission bei der International Labour Organisation (ILO) vertreten. Die ILO mit Sitz in Genf wurde **1919** als Sonderorganisation des Völkerbundes geschaffen und nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer UNO-Sonderorganisation mit heute 187 Mitgliedstaaten. Der Aufbau der ILO folgt einem «tripartiten» Ansatz: Die Delegationen der Mitgliedstaaten an der Internationalen Arbeitskonferenz und im ILO-Verwaltungsrat bestehen aus Vertretungen der Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen. **1999** lancierte die ILO die Initiative «Decent Work for All» und **2002** setzte sie eine «Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung» ein. Bislang hat die ILO je etwa 200 Konventionen und Empfehlungen erlassen. Als Kernkonventionen gelten diejenigen zur Beseitigung der Zwangsarbeit, Vereinigungsfreiheit, Recht auf Kollektivverhandlungen, Lohngleichheit der Geschlechter, Diskriminierungsverbot am Arbeitsplatz und Abschaffung der Kinderarbeit. Die Schweiz hat nur knapp ein Drittel der ILO-Konventionen ratifiziert.

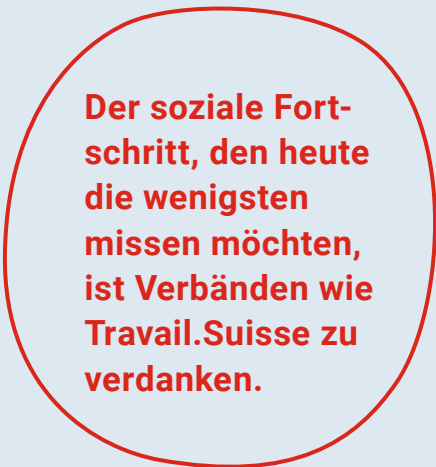




Der tagtägliche Einsatz für anständige Löhne und Arbeitsbedingungen ist eminent wichtig für die Lebensqualität aller Arbeitnehmenden.



Die Entwicklungen rund um die Digitalisierung, die Globalisierung und den Klimawandel in einer alternden Gesellschaft bergen wichtige Herausforderungen für die Arbeitswelt.



Der soziale Fortschritt, den heute die wenigsten missen möchten, ist Verbänden wie Travail.Suisse zu verdanken.

Blick in die Zukunft – Travail.Suisse nötiger denn je

20 Jahre Travail.Suisse und die Geschichte der Travail.Suisse-Vorgängerorganisationen – des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes CNG und der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände VSA – zeigen, wie notwendig der Einsatz der Gewerkschaften und Personalverbände war und ist.

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse

Die Herausforderungen für die Arbeitnehmenden bleiben auch in der Zukunft gross und somit auch die Aufgabe von Travail.Suisse und seinen Mitgliedsorganisationen. Der tagtägliche Einsatz für anständige Löhne und Arbeitsbedingungen ist eminent wichtig für die Lebensqualität aller Arbeitnehmenden. Die Geschichte zeigt auch, wie wichtig in unserem demokratischen Staat der Einsatz auf politischer Ebene ist. Offensichtlich wurde diese Feststellung während der Corona-Pandemie. Während das Parlament seine Arbeit unterbrechen musste, waren die Sozialpartnerdachverbände zuverlässige Partner des Bundesrates bei der Bewältigung der Krise. Der Einsatz für die Einkommen, die Kaufkraft und die Gesundheit der Arbeitnehmenden in einer Krise fällt nicht einfach vom Himmel. In diesen labilen Zeiten ist der Einsatz für gute Arbeit umso wichtiger, da die Verlockung, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, zuweilen gross ist. Auch in «normalen» Zeiten sind es die Gewerkschaften und Personalverbände, die sich für gute Arbeit und den sozialen Fortschritt einsetzen. Gerade die Entwicklungen rund um die Digitalisierung, die Globalisierung und den Klimawandel in einer alternden Gesellschaft bergen gewichtige Herausforderungen für die Arbeitswelt. Travail.Suisse und seine Mitgliedsverbände müssen sich in diesen Diskussionen auf politischer Ebene frühzeitig einbringen und für die Interessen der arbeitstätigen Bevölkerung eintreten – im Parlament und auch an der Urne.

Wie in den vergangenen Jahren muss auch in Zukunft an die Solidarität der Arbeitnehmenden appelliert werden, denn jeder für sich allein kommt nicht weiter. Wer Mitglied bei einem Personalverband oder einer Gewerkschaft ist, zeigt sich solidarisch und erhält dazu individuelle Leistungen wie den Berufsrechtsschutz. Während die individuellen Leistungen nur Mitgliedern zugutekommen, profitieren alle Arbeitnehmenden von der politischen Arbeit eines Dachverbandes wie Travail.Suisse. Der soziale Fortschritt, den heute die wenigsten missen möchten, ist Verbänden wie Travail.Suisse – gestützt und finanziert von momentan zehn Gewerkschaften, Berufs- und Personalverbänden und ihren Mitgliedern – zu verdanken. Travail.Suisse hat sich in diesen Fragen aktiv eingebracht und massgeblich dazu beigetragen, dass schweizweit einheitliche Kinderzulagen für jedes Kind bezahlt werden, dass alle über 40-Jährigen eine kostenlose Standortbestimmung zu ihren beruflichen Kompetenzen machen können oder dass alle Väter einen Vaterschaftsurlaub von mindestens zwei Wochen beziehen können – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Dies ist auch in Zukunft möglich, wenn Travail.Suisse eine ausreichende Mitgliederbasis hat, um ein professionelles Sekretariat mit Spezialistinnen und Spezialisten in den strategischen Schwerpunktthemen führen zu können und mit demokratischer Legitimation als Stimme der Arbeitnehmenden sprechen zu können.

Die Schweizer Parteienlandschaft ist breit. Auch die Meinungsvielfalt bei den Arbeitnehmenden ist nicht einheitlich. Es muss den Dachverbänden deshalb auch in Zukunft gelingen, die verschiedensten Meinungen abzuholen und für die Sache der Arbeitnehmenden zu mobilisieren. Die Erfahrungswerte aus allen Berufen, Regionen und Kantonen, Geschlechtern und Generationen sollen einfließen. Travail.Suisse will auch in Zukunft diese Meinungsvielfalt, den Gewerkschaftspluralismus ermöglichen. Damit kann auf politischer Ebene zwar gemeinsam, aber mit unterschiedlichem Hintergrund agiert werden. Diese gelebte Koexistenz hat in den letzten 20 Jahren auf Seiten der Arbeitnehmenden gut funktioniert. Nur durch einen gemeinsamen, starken Auftritt kann es gelingen, der Arbeitgeberseite kräftig die Stirne zu bieten.

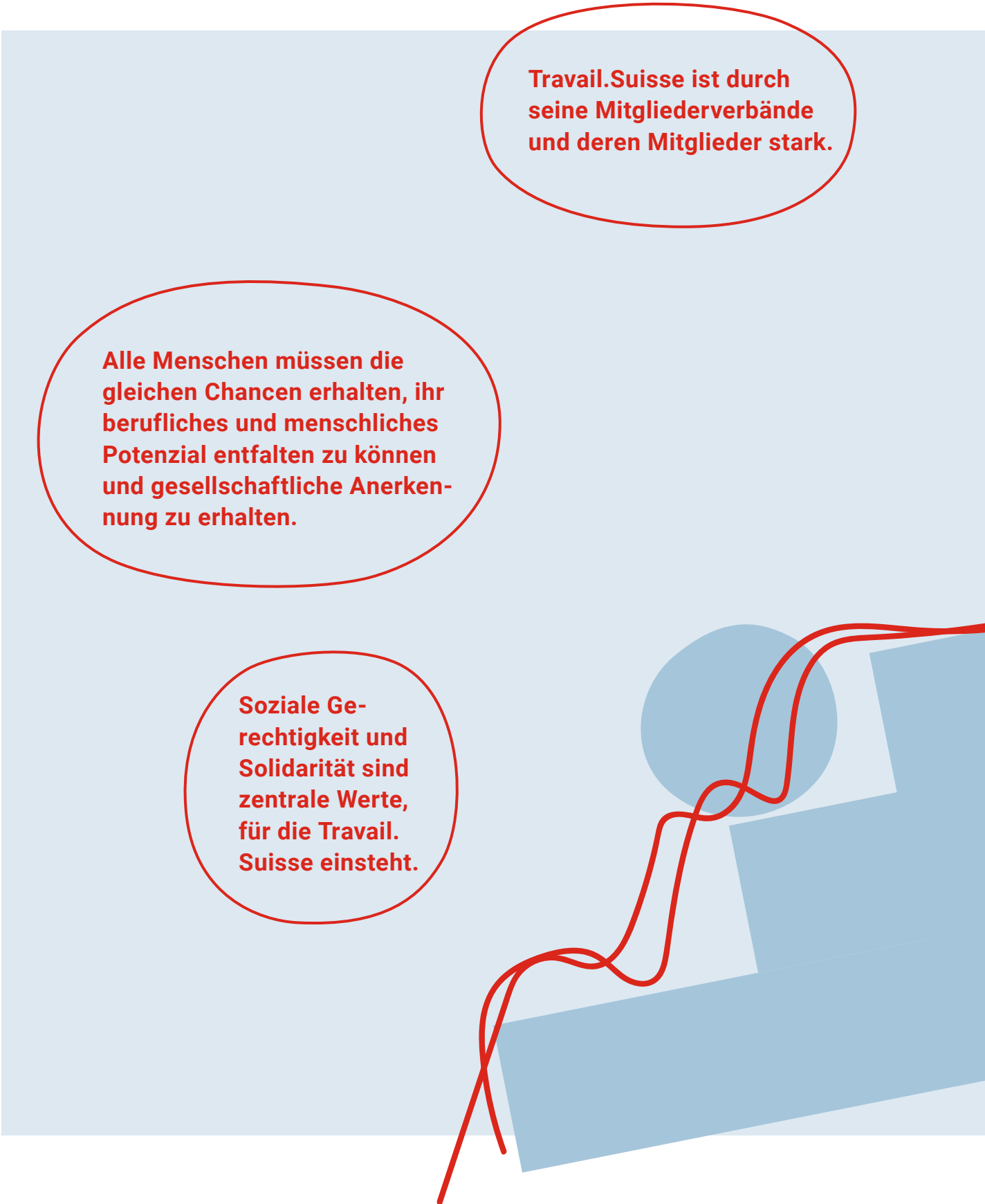
Der Einsatz von Travail.Suisse in den kommenden Jahren orientiert sich an seiner Vision und Mission, die der Travail.Suisse-Vorstand **2020** verabschiedet hat.

- Travail.Suisse ist der wichtigste unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden in der Schweiz und agiert parteipolitisch neutral. Für alle nationalen Sozialpartner, für die öffentliche Verwaltung sowie für die nationale Politik ist er meinungsbildend und wird respektiert. Travail.Suisse vertritt die Interessen seiner Mitgliederverbände und ist damit eine gewichtige Stimme aller in der Schweiz tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Travail.Suisse ist durch seine Mitgliederverbände und deren Mitglieder stark. Zusammen mit ihnen setzt sich Travail.Suisse für eine gerechtere Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen und fairen Einkommen ein. Travail.Suisse fordert gesetzlich und gesamtarbeitsvertraglich geregelte und rechtlich verbindliche Arbeitsbeziehungen, eine umfassende Mitbestimmung und eine nachhaltige Entwicklung.
- Travail.Suisse setzt sich dafür ein, dass alle Menschen durch eigene Kraft ein sicheres und

ausreichendes Einkommen erwirtschaften und dadurch für sich und andere Verantwortung übernehmen können. Alle Menschen müssen die gleichen Chancen erhalten, ihr berufliches und menschliches Potenzial entfalten zu können und gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten. Diskriminierung wird in keiner Form toleriert. Travail.Suisse setzt sich dafür ein, dass kontinuierliche Aus- und Weiterbildung, sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben über das ganze Arbeitsleben für alle Arbeitnehmenden gewährleistet sind.

- Mit dieser Haltung sorgt Travail.Suisse dafür, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der nationalen Politik, den Sozialversicherungen, der öffentlichen Verwaltung und in der Sozialpartnerschaft eine starke Vertretung haben.
- Travail.Suisse lebt eine konstruktive Sozialpartnerschaft. Das Verhandeln und Erarbeiten von Lösungen liegen in unserem Selbstverständnis. Durch unsere aktive und partnerschaftliche Arbeitsweise erreichen wir bestmögliche Ergebnisse für die Arbeitnehmenden in der Schweiz.
- Soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind zentrale Werte, für die Travail.Suisse einsteht. Zudem engagiert sich Travail.Suisse dafür, dass alle Menschen auf soziale Sicherheit vertrauen können und der vorhandene Wohlstand gerecht und fair verteilt wird.

Gemeinsam mit unseren Verbänden und Gewerkschaften tragen wir Verantwortung für die Arbeitnehmenden. Diese Verantwortung gemeinsam zu tragen, macht sie weniger schwer. Die Arbeitnehmenden dürfen damit rechnen. Dabei muss die Notwendigkeit von Gewerkschaften und Personalverbänden immer wieder betont werden. Wären sie nicht mehr da, würde sich dies schlagartig für alle Arbeitnehmenden bemerkbar machen. Auch in Zukunft ist es deshalb unabdingbar, die Solidarität hochzuhalten, auf eine ausreichende Mitgliederbasis zählen zu können und auf politischer Ebene Einfluss nehmen zu können.



**Travail.Suisse ist durch
seine Mitgliederverbände
und deren Mitglieder stark.**

**Alle Menschen müssen die
gleichen Chancen erhalten, ihr
berufliches und menschliches
Potenzial entfalten zu können
und gesellschaftliche Anerken-
nung zu erhalten.**

**Soziale Ge-
rechtigkeit und
Solidarität sind
zentrale Werte,
für die Travail.
Suisse einsteht.**

Quellen

Die Archive der meisten Vorläufer von Travail.Suisse und seiner Mitgliedsverbände sind im Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich zugänglich: Christlichnationaler Gewerkschaftsbund, Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände, Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer, Schweizerischer Verband evangelischer Arbeitnehmer, Christlicher Holz- und Bauarbeiterverband, Christlicher Metallarbeiter-Verband, Verband der Gewerkschaften des christlichen Verkehrs- und Staatspersonals, Gewerkschaft Christliches Verkehrspersonal, Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals, Schweizerischer Verband des christlichen PTT-Personals, Verband des Christlichen Bundespersonals, Verband der ungarischen christlichen Arbeitnehmer der Schweiz, Hotel & Gastro Union, Brücke der Bruderhilfe – CECOTRET. Das Archiv der Organizzazione cristiana sociale ticinese befindet sich im Archivio di Stato del Cantone Ticino in Bellinzona. Das Archiv der Schweizerischen Graphischen Gewerkschaft wird im Staatsarchiv Luzern aufbewahrt.

Literatur

- **Allemann, Peter:** 75 Jahre CMV: Referat an der Jubiläumsfeier der Delegiertenversammlung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes der Schweiz vom 6. September 1980. Winterthur 1980.
- **Armingeon, Klaus/Geissbühler, Simon (Hg.):** Gewerkschaften in der Schweiz: Herausforderungen und Optionen. Zürich 2000.
- **AV ABB – 100-jähriges Jubiläum.** Baden-Dättwil 2020.
- **Baumgärtner, Alex:** Industrial Relations in der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Baden-Baden 2013.
- **Berthel, Stefan:** Der Christliche Metallarbeiter-Verband (CMV) und seine Rolle als Minderheitsgewerkschaft in der Hochkonjunktur von 1955 bis 1974. Masterarbeit Univ. Zürich 2018.
- **Boillet, Valérie et al. (Hg.):** Vom Wert der Arbeit: Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten. Zürich 2006.
- **Degen, Bernard:** Landesverband Freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA), in: Historisches Lexikon der Schweiz. URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016486/2015-03-18/>
- **Degen, Bernard:** Schweizerischer Verband evangelischer Arbeitnehmer (SVEA), in: Historisches Lexikon der Schweiz. URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/025751/2011-11-30/>
- **Degen, Bernard:** Travail.Suisse, in: Historisches Lexikon der Schweiz. URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/048180/2011-11-02/>
- **Degen, Bernard:** Union Helvetia, in: Historisches Lexikon der Schweiz. URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/041726/2013-01-28/>
- **Droga Helvetica:** Chronik: 50 Jahre – 1939–1989. o. O. 1989.
- **Dudle, Otto:** 50 Jahre christlichnationaler Gewerkschaftsbund. Winterthur o. J. [1957].
- **Egli, Gustav:** 50 Jahre Landesverband freier Schweizer Arbeiter. Zürich 1969.
- **Fluder, Robert et al.:** Gewerkschaften und Angestelltenverbände in der schweizerischen Privatwirtschaft: Entstehung, Mitgliedschaft, Organisation und Politik seit 1940. Zürich 1991.
- **Gili, Antonio:** L'Organizzazione Cristiano-Sociale nella storia del movimento cattolico ticinese, 1918–1945. Fribourg 1979.
- **Göldi, Wolfgang:** Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz (CNG), in: Historisches Lexikon der Schweiz. URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016485/2012-04-11/>
- **Gruner, Erich:** Der Zweite Arbeiterbund als Gesprächspartner des Bundesstaates und als Instrument zur Überwindung der Organisationsschwäche der Arbeiterschaft, in: ders. et al. (Hg.): Arbeiterschaft und

- Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914: Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisationen und Sozialpolitik, Bd. II/1. Zürich 1988. S. 89–124.
- **Heil, Johann:** Ein halbes Jahrhundert CMV, 50 Jahre CMV. o. O. u. J. [1955].
 - **Holenstein, Dieter:** Die Christlichsozialen der Schweiz im Ersten Weltkrieg: Entwicklung der christlichsozialen Organisationen und ihre Stellung in der schweizerischen Arbeiterbewegung und der katholischen Sondergesellschaft 1914–1920. Fribourg 1993.
 - **Koller, Christian:** Vor 80 Jahren: Das «Friedensabkommen» in der Schweizer Metall- und Maschinenindustrie, in: Sozialarchivinfo 2 (2017). S. 7–18.
 - **Koller, Christian:** «Auf einem Schiffe regiert der Kapitän und kein Matrosenrat» – Die Mitbestimmungsdebatte nach dem Schweizer Landesstreik, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 69/1 (2019). S. 49–72.
 - **König, Mario:** Angestelltenorganisationen, in: Historisches Lexikon der Schweiz. URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016480/2009-04-09/>
 - **König, Mario et al.:** Warten und aufrücken: Die Angestellten in der Schweiz, 1870–1950. Zürich 1985.
 - **Kunz, Josef:** Der Episkopat der Schweiz in der freiheitlich-demokratischen und sozialen Bewährungsprobe: Verlautbarungen der Schweizer Bischöfe zwischen 1860 und 1920 und deren Ordnungsprinzipien von Legitimität und Autorität als Antwort auf den Liberalismus, den Sozialismus und die Arbeiter- und Gewerkschaftsfrage. Diss. Univ. Bern 1983.
 - **Lauber, Bruno:** Die Gewerkschaftsbewegung im industrialisierten Agrargebiet des Oberwallis: Unter besonderer Berücksichtigung der christlichen Gewerkschaften. Bern 1974.
 - **Meyer, Alfred/Zumstein, Peter:** 75 Jahre LFSA, 1919–1994. Zürich 1994.
 - **Rohner, Markus:** Christlichsoziale Bewegung, in: Historisches Lexikon der Schweiz. URL: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/026985/2008-05-26/>
 - **Rosenberg, Monika:** Der schweizerische Episkopat und die Gewerkschaftsfrage: Das Bettagsmandat 1920. Fribourg 1975.
 - **Ruffieux, Roland:** Le Mouvement chrétien-social en Suisse romande 1891–1949. Fribourg 1969.
 - **[Schön, Karl:]** 50 Jahre Sektion Zürich Bau 1905–1955. Hg. Christlicher Holz- und Bauarbeiterverband der Schweiz. Zürich o. J. [1955].
 - **Schweri, Alain:** La grève de 1917 aux usines d'aluminium de Chippis: Un exemple de traumatisme industriel en pays agricole. Genf 1988.
 - **Specker, Louis:** «Links aufmarschieren»: Aus der Frühgeschichte der Ostschweizer Arbeiterbewegung. Zürich 2010.
 - **Weber, Quirin:** Korporatismus statt Sozialismus: Die Idee der berufsständischen Ordnung im schweizerischen Katholizismus während der Zwischenkriegszeit. Fribourg 1989.
 - **Der Weg der christlichen Gewerkschaften:** Festgabe für Johann Heil zum 70. Geburtstag. Winterthur 1954.
 - **Zimmermann, Adrian:** Demokratie im Betrieb: Die Mitbestimmungsoffensive der schweizerischen Gewerkschaften in den 1970er-Jahren, in: Bernet, Brigitta/Tanner, Jakob (Hg.): Ausser Betrieb: Metamorphosen der Arbeit in der Schweiz. Zürich 2015. S. 293–312.
 - **10 Jahre Syna.** Luzern 2008.
 - **50 Jahre Gewerkschaftsarbeit der christlichen Holzarbeiter, Bauarbeiter und Mäler der Schweiz, 1901–1951.** Zürich 1951.
 - **50 Jahre SVEA:** Rückblick und Ausblick. Zürich 1970.
 - **55 év a magyarság szolgálatában:** A Svájci Keresztény Magyar Munkavállalók Szövetségének 55 éve. Zürich 2014.
 - **75 Jahre Angestelltenpolitik:** Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände VSA, 1918–1993. Zürich 1993.
 - **75 Jahre CHB, 1901–1976:** Grundsätze, Programme, Leistungen. Zürich 1976.
 - **75 Jahre Schweizerischer Verband des christlichen PTT-Personals, 1923–1998.** Bern 1998.

Adressen

Geschäftsstelle

Travail.Suisse

Hopfenweg 21 | Postfach | 3001 Bern
Tel. 031 370 21 11 | info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Mitgliedsorganisationen

Syna – die Gewerkschaft

Römerstrasse 7 | Postfach 1668 | 4600 Olten
Tel. 044 279 71 71 | info@syna.ch
www.syna.ch

Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese OCST

Via S. Balestra 19 | 6900 Lugano
Tel. 091 921 15 51 | Fax. 091 923 53 65
segretariato.cantonale@ocst.ch
www.ocst.ch

Hotel & Gastro Union

Postfach | 6002 Luzern
Tel. 041 418 22 22 | info@hotelgastrounion.ch
www.hotelgastrounion.ch

transfair – der Personalverband

Hopfenweg 21 | Postfach | 3000 Bern 14
Tel. 031 370 21 21 | Fax. 031 370 21 31
info@transfair.ch
www.transfair.ch

Syndicats chrétiens du Valais SCIV

Place du Midi 24 | 1950 Sion
Tel. 027 327 34 56 | Fax. 027 327 34 59
info@sciv.ch
www.sciv.ch

Angestelltenvereinigung

AV Angestellte ABB

Segelhofstrasse 9P/Trakt M
5405 Baden-Dättwil | 405 Baden-Dättwil
Tel. 058 589 37 17 | info@avabb.ch
www.avabb.ch

Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz FH-CH

Hopfenweg 21 | Postfach | 3001 Bern
Tel. 031 370 21 11
www.fh-ch.ch

Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft VPE

3000 Bern | Tel. 0844 873 873 (4 Rp./Min.)
Fax. 071 757 94 59 | info@vpe.ch
www.vpe.ch

Angestellte Drogisten Suisse

Steinentorstrasse 13 | Postfach 223
4010 Basel | Tel. 061 261 45 45
Fax. 061 261 46 18 | info@drogisten.org
www.drogisten.org

Verband der Ungarischen Christlichen Arbeit- nehmenden der Schweiz VUCAS

Postfach 2408 | 8021 Zürich 1

Impressum:

Herausgeber: Travail.Suisse, Bern, travailsuisse.ch

Inhalt/Text: Prof. Dr. Christian Koller, Historiker

Konzept und Gestaltung: minz.ch

Fotos: Schweizerisches Sozialarchiv;

Keystone (S. 28, 33), Fabian Lütolf (S. 58), ETUC CES (S. 65)

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG

Erscheinung: 2023

ISBN: 978-3-9522104-8-2

Travail.Suisse ist der wichtigste unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden in der Schweiz und agiert parteipolitisch neutral. Travail.Suisse setzt sich gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden für eine gerechtere Arbeitswelt mit guten Arbeitsbedingungen und fairem Einkommen ein.

Travail.Suisse

Hopfenweg 21
Postfach | 3001 Bern
031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch